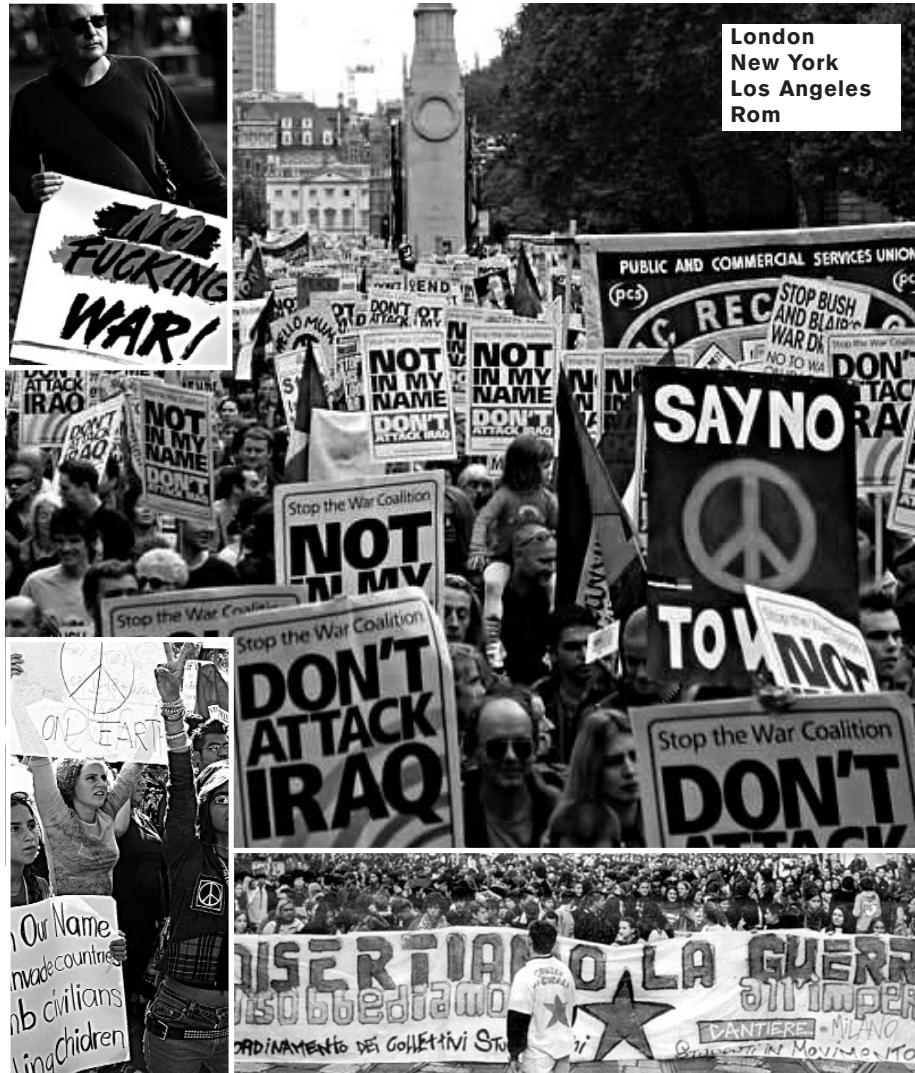


Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



- 3 Die Diskussion rund um die Familienförderung**
- 12 kein mensch ist illegal: Projekt „rasthaus“ vorläufig gekippt**
- 16 Bürgerinitiative „Pro Kommunale Sparkasse“: Sachsenbank - Nein Danke**
- 18 Studie von André Brie, Michael Brie, Michael Chrappa: Die PDS muss ihren Gebrauchswert als linke Partei neben SPD und Grünen nachweisen**



IN BERLIN

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,30 . Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60 , Sozialabo: 33,80 . Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

AKTUELL

FLÜCHTLINGE. Anlässlich des Tags des Flüchtlings am 4. Oktober forderte der Paritätische Wohlfahrtsverband, bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen auch Verbesserungen im Flüchtlingschutz zu vereinbaren. „Wenn auch Reformen der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik nun besondere Bedeutung zukommt, so dürfen darüber notwendige Verbesserungen des Flüchtlingschutzes nicht in Vergessenheit geraten“, so die Verbandsvorsitzende Barbara Stolterfoht. Für dringend notwendig hält der Verband etwa die gesetzliche Verankerung und finanzielle Förderung einer unabhängigen Verfahrensberatung für Flüchtlinge. Sie ist unerlässlich, um ein zügiges, aber auch faires Asylverfahren zu gewährleisten. Für die große Gruppe der bisher lediglich geduldeten Flüchtlinge sollte mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes endlich eine humanitär akzeptable dauerhafte Perspektive gefunden werden. Denjenigen, die sich schon viele Jahre mit diesem höchst unsicheren Status in der Bundesrepublik aufzuhalten, sollte ein Bleiberecht eingeräumt werden.

Auch eine umfassende Korrektur des Asylbewerberleistungsgesetzes ist aus Sicht des Verbandes dringend geboten. In den vergangenen 10 Jahren sind nicht einmal die ursprünglich vereinbarten Leistungen, die ohnehin 30 % unter der Sozialhilfe liegen, erhöht worden. Die europäische Harmonisierung der Asylpolitik vollzieht sich bisher weitgehend ohne aktive Beteiligung des hierfür mit zuständigen Innenausschusses des dt. Bundestages. Um diesem Themenbereich die notwendige Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, sollte sich zukünftig ein neu einzurichtender Unterausschuss des Innenausschusses mit der europäischen Migrations- und Asylpolitik befassen.

gemessen ist. Die Vollstreckung der lebenslangen Freiheitsstrafe wegen festgestellter Gefährlichkeit des Verurteilten verstößt nach bisheriger Rechtsprechung grundsätzlich nicht gegen die Menschenwürde. Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat im Jahr 1977 diese Entscheidung auf dem damaligen Stand der Erkenntnisse getroffen, aber keinen Anspruch auf zeitlose Gültigkeit seiner Entscheidung erhoben. Bisher ist nicht abschließend entschieden worden, ob von Verfassungen wegen einer generellen Obergrenze für die wegen der besonderen Schwere der Schuld zu verbüßende Zeit der lebenslangen Freiheitsstrafe festzulegen ist. Der Zweite Senat hat im Jahr 1992 unter dem Gesichtspunkt hinreichender Bestimmtheit der Strafe gefordert, dass eine besondere Schwere der Schuld gegebenenfalls schon in der zur Verurteilung zu lebenslanger Freiheitsstrafe wegen Mordes führenden Hauptverhandlung festgestellt werden muss. Im Vollstreckungsverfahren ist frühzeitig zu entscheiden, wie lange dem Verurteilten eine besondere Schwere der Schuld als Aussetzungshindernis entgegen gehalten werden kann.

Es ist ein Gebot der Rechtsstaatlichkeit, dass für den Verurteilten die voraussichtliche Vollstreckungsdauer vorhersehbar ist und ihm die Hoffnung belassen bleibt, die Freiheit zurückzugewinnen. Vor dem Hintergrund zunehmender Kritik an der lebenslangen Freiheitsstrafe ist im konkreten Fall möglicherweise auch zu fragen, ob eine Freiheitsentziehung, die nicht mehr wegen der Schwere der Schuld geboten ist, wegen fortbestehender Gefährlichkeit des Verurteilten als Strafe zum Schuldausgleich gerechtfertigt ist. Schließlich kann sich die Frage stellen, ob zur Abwehr im Einzelfall festgestellter Gefahren statt dessen eine Maßregel oder eine andere Maßnahme dienen könnte, deren Vollstreckung dann gegebenenfalls anders auszugestalten wäre.“ Beschluss vom 1. Juli 2002 – Az. 2 BvR 578/02 -

WEHRPFlicht. Während in den Koalitionsverhandlungen ziemlich sicher die Wehrpflicht festgeschrieben wird, weisen verschiedene Initiativen darauf hin, dass damit noch mehr die Ungleichbehandlung junger Männer wachse. Die Initiative gegen Wehrpflicht, Zwangsdiensste und Militär weist darauf hin, dass von jährlich durchschnittlich 410.000 Wehrpflichtigen nur 92.000 einberufen werden. Einzig die immer noch steigende Zahl von Kriegsdienstverweigerern habe dazu geführt, dass das System der Wehrpflicht wegen offensichtlicher Willkür nicht zusammengebrochen sei. Allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres haben 108 423 Wehrpflichtige einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt, rund 6 Prozent (in absoluten Zahlen 6 110) mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahrs.

Politische Berichte

- zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 5 (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Betitlf:

Die Diskussion rund um die Familienförderung

In den Koalitionsverhandlungen streiten sich SPD und Bündnisgrüne wegen des Ehegattensplitting. In der CDU und zwischen CDU und CSU nehmen die Konflikte wegen der Familienpolitik zu. Den Hintergrund dieser Konflikte bildet die Verschiebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung im Bereich Kindererziehung. In Zeitscheiben geschnitten liegt das Problem in der Proportion zwischen öffentlich-rechtlichem und familiärem Sektor, sowie im familiären Sektor zwischen den Geschlechtern und – zur Zeit kaum thematisiert – zwischen den Generationen.

Die konservative Position ist epochal instabil, weil die Familie auf handwerklich bäuerlicher Basis zurückgeht und auch dort, wo sie Bestand hat, die Aufgabe der Heranführung des Nachwuchses an den Beruf der Eltern nicht mehr leistet. Selbst im bäuerlichen Bereich tragen heute Schule, Berufsschule und Lehrstelle die Funktion der Ausbildung ganz überwiegend. Mithin stellt sich auch für die holzigsten Konservativen die Aufgabe, wachsende Teile der Erziehung und beruflichen Bildung in öffentlicher Hand zu wissen.

Der deutsche Konservatismus hat auf diese Problemlage die Antwort der auf das Elternhaus gestützten Schule gefun-

den. Es hat sich gezeigt, dass diese Konstruktion dazu beiträgt, die Ergebnisse des öffentlich finanzierten Bildungswesens diskriminierend auseinander zu ziehen. Jedes Quäntchen Zeit, das familiär zugesetzt wird, begünstigt den schulischen Prozess, Beiträge, die familiär fehlen, werden durch das öffentliche Angebot systematisch nicht ausgeglichen. Der familiäre Zeitzusatz ergibt sich nicht flüssig nach Laune, Lust und Einsicht, sondern nach der Reihe Mutter nicht-, teilweise- oder ganztags berufstätig. Es macht auch viel aus, ob Oma und/oder Opa finanziell und zeitlich nahe dabei oder weit weg sind.

Wenn familiär viel Zeit vorhanden ist, nimmt der Effekt der öffentlich eingesetzten Mittel zu. Da an den öffentlichen Schulen eine Konkurrenzsituation entsteht und weil es für die schichtenspezifische Reproduktion sehr darauf ankommt, dass der Bildungsabschluss der Eltern erreicht oder auch übertroffen wird, bestehen starke Interessen an Regelungen wie dem Ehegattensplitting, das die Konstellation erwerbstätiger Gatte, im Hause waltende Frau begünstigt. Die Konstellation ist reaktionär, weil sie letztlich die Frau der Vormacht des Gatten unterwirft. Anderseits ist die Konstellation sehr effektiv, was die

schichtenspezifische Reproduktion angeht.

Die Grünen, die von dem moderneren Ziel der beruflichen Chancengleichheit der Geschlechter getragen werden, haben das Ehegattensplitting aufs Korn genommen. Sie greifen das Splitting bei Kinderlosen an und wollen das Geld in öffentlich finanzierte Bildungs- und Erziehungsangebote stecken. Mit dieser Konstruktion können die Grün-Alternativen weiter in die Anhängerkreise von Liberalen und Konservativen vordringen, denn faktisch ist man auch hier auf mehr öffentliche Mittel angewiesen.

Konservative haben Probleme

Was ist der Hintergrund des Streites im konservativen Lager? Die Konservativen in der BRD sind unterschiedlich situiert. Es gibt vor allem im Westen und vor allem auf dem Lande gutschlagende Konservative, die ein kleineres oder auch größeres Familienvermögen genießen, es gibt vor allem im Osten und vor allem in den großen Städten Konservative, die ein solches privates Vermögen erst noch an sich reißen wollen. Wenn auf dem Wege beruflichen Einsatzes Vermögen gebildet werden soll, so geht das besser, wenn beide Ehegatten gut ausgebildet und berufstätig sind.

Wenn ein Familienvermögen da ist und soweit man vom Ziel der schichtenspezifischen Reproduktion ausgehen will, spricht alles dafür, eine gut ausgebildete Frau als Hausfrau zu halten. Die Erfolgsschancen der Erziehung werden letztlich höher sein. Es wird aber auch oft unterschätzt, welchen Karrieretrebsatz ein gut geführtes, gastliches Haus bedeutet. Die Union hat es also wie jeder, der zwei Herren dienen muss, schwer und noch schwerer, weil sie beiden mit der gleichen Hand, der öffentlichen, dienen muss.

Geht die Union mit dem derzeit vorherrschenden Strom dem Modell der Zuvererbsgemeinschaft nach und zieht Mittel aus dem privaten Familieneinkommen, um öffentliche Güter zu verbessern, so wird dadurch die Konkurrenzsituation an den Schulen härter, und es entsteht von dieser Seite her ein nicht zu unterschätzendes Reproduktionsrisiko.

Dennoch ist die Entwicklung in diese Richtung unerlässlich. Es geht nämlich darum, dass die Kinder auch in zeitlich, finanziell und sonstwie komfortabelsten Elternhäusern auf das Leben nicht ausreichend vorbereitet werden können. Während die Familie die Kinder naturwüchsig in die Reihe der Generationen stellt, nötigt die Schule die Kinder und Jugendlichen, sich rational auf eine gesellschaftliche Umgebung einzustellen. Diesen unerlässlichen Schnitt und

Dokumentiert

Grüne: Weniger Splitting für mehr soziale Gerechtigkeit, 7.10.2002

SPD und Grüne wollen die Kinderbetreuung ausbauen und bundesweit für 20 Prozent der Kinder unter drei Jahren eine Betreuung gewährleisten. Es handle sich um „eine zentrale Gerechtigkeitsfrage“, sagte der Grünen-Vorsitzende Fritz Kuhn. Morgen beraten die Regierungsparteien die Finanzierung.

... Die Grünen haben vorgeschlagen, die hierfür nötigen rund 1,5 Milliarden Euro über ein maßvolles Abschmelzen des Ehegattensplittings zu gewinnen. „Wir sind überzeugt, dass das der richtige Weg ist“, meinte der Grünen-Vorsitzende. Wenn die SPD nicht einverstanden sei, müsse sie einen Gegenvorschlag machen.

Zurzeit können Ehepaare – unabhängig von vorhandenen oder nicht vorhandenen Kindern – Steuern sparen, wenn die Differenz zwischen den Einkommen hoch ist. Je höher das Einkommen und je höher die Differenz zwischen den Ehepartnern, desto höher die Steuerersparnis mittels Ehegattensplitting: Ein Alleinverdiener mit 100.000 Euro Jahreseinkommen, dessen

Frau nichts oder kaum verdient, spart rund 9600 Euro Steuern. Ein Alleinverdiener mit einem Einkommen von 45.000 Euro spart durch Ehegattensplitting nur 3800 Euro Steuern. „Die Ehe wird unterschiedlich gefördert“, schlussfolgert Fritz Kuhn. Bei dem von den Grünen vorgeschlagenen maßvollen Verringern dieser Steuvorteile hätte ein Alleinverdiener-Hausfrau-Ehepaar künftig 3000 Euro Steuern mehr zu zahlen als jetzt – aber immer noch rund 6000 Euro Steuerersparnis. Ein Alleinverdiener-Paar mit 45.000 Euro Einkommen hätte weiterhin 3800 Euro Splitting-Vorteil.

Die SPD will die Einkommensgrenze, ab der das Ehegattensplitting verringert zu Buche schlagen könnte, höher ansetzen. Bei den Grünen wartet man auf Gegenvorschläge zur Finanzierung einer verbesserten Kleinkindbetreuung. „Ich bin sicher, dass wir einen Weg finden werden“, sagte Kuhn. Es gehe um Arbeitszugangs- und Verteilungsgerechtigkeit: „Wir stehen auf der Seite der Alleinerziehenden.“ Eine Abschaffung des Ehegattensplittings sei weder verfassungsrechtlich möglich noch gefordert. Es gehe vielmehr „im Wesentlichen um die Frage, ob die so genannte Hausfrauen-Ehe so hoch subventioniert werden muss“.

CDU im Dilemma

Angela Merkel: Neuen Mittelstand ansprechen

In diesem Zusammenhang wies Angela Merkel darauf hin, dass die Union „Probleme in den Städten“ habe sowie ein strukturelles Defizit im Norden Deutschlands. Zwar liege die Union mit der Betonung der Wirtschaftskompetenz richtig. Über den Ausgang einer Bundestagswahl entscheide aber ebenso die Frage, „wer die kulturelle Hoheit, die Deutungshoheit über das Lebensgefühl der Menschen“ gewinne. „Auf dem Land gelingt uns das weitgehend uneingeschränkt – in den Städten aber nur eingeschränkt“, unterstrich die CDU-Vorsitzende.

Angela Merkel warnte die Union davor, sich in einer Zeit der Umbrüche dem Zeitgeist anzupassen und dem „Wunsch der Menschen nach Verwurzelung, Beständigkeit und Wertorientierung“ nicht mehr zu entsprechen. Dieser Wunsch sei in den Städten genauso ausgeprägt wie auf dem Land. Das Problem bestehe darin, dass „wir diese klassischen Inhalte bislang nicht mit den neuen gesellschaftlichen Strukturen in den Städten zur Deckung bringen können“, sagte die CDU-Vorsitzende. Als Beispiel führte sie den „Mittelstand“ an. Während weite Teile der Partei darunter immer noch den „Handwerks- oder kleinen Industriebetrieb“ verstehen würden, erstrecke sich der Begriff Mittelstand inzwischen auf Anwaltskanzleien, Werbefirmen oder den Internetbereich. „Dieser Mittelstand hat ein ande-

res Lebensgefühl, ist geprägt von einer neuen Generation, die wir bislang nicht hinreichend gezielt angesprochen haben“. Deshalb müsse die Union „neue Netzwerke bilden“. Denn das „bürgerliche Lager ist differenzierter als früher“, der Wertehaushalt sei jedoch „immer noch recht homogen“.

Mit Blick auf die gesellschaftlichen Positionen der CDU verwies Angela Merkel auf das Familienprogramm. Darin gebe die Union Antworten auf die neue Lebenswirklichkeit in den Familien: die Stärkung der Erziehungskompetenz, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie das Familiengeld. An diesem Thema werde deutlich, so die CDU-Vorsitzende, dass die Union kein Programmproblem habe, sondern ein Wahrnehmungs- und Vermittlungsproblem ihrer Programmatik.

Vera Lengfeld: Zuwanderung versus Familienpolitik

Keineswegs neigen Einwanderer dazu, sich sofort der Kultur des Gastgeberlandes anzupassen, erst recht nicht, wenn diese Kultur alles sein möchte, nur keine „Leitkultur“ im eigenen Land. In der Bevölkerungsdebatte geht es freilich zuvor dererst um ökonomische Fragen. Der Zuwanderer wird als „Steuer- und Rentenzahler“ gesehen. Aber entspricht dem auch die politische Argumentation? Wie sieht die Bilanz aus? Auf der einen Seite stehen die erwirtschafteten und abgeführten Steuern und Abgaben, auf der anderen Seite die in Anspruch genommenen staatlichen Leistungen (wie Kindergeld)… Es wird mittlerweile ge-



Originalbildunterschrift im Aufsatz von Frau Lengfeld: „Damit die in Deutschland lebenden Ausländer auch weiterhin als Bereicherung empfunden werden können, darf Zuwanderung nicht zum Ersatz werden für verantwortliche Bevölkerungs- und Familienpolitik. Hier eine türkische Hochzeitsfeier in Herten.“

fordert, Kindern ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland einen Schulbesuch zu ermöglichen. Wer bezahlt das?

... Es sieht nicht so aus, als würden sich alle Ausländer unserer Kultur (und das eben meint auch Kultur der Arbeitswelt) anpassen (wollen): stärker werdende Sprachdefizite (die dritte Generation spricht schlechter Deutsch als die zweite), wenig berufliche Mobilität, relativ niedrige durchschnittliche Schulabschlüsse ... Die Wirtschaft, die Einwanderung fordert, denkt an die sozialen und politischen Folgekosten der Einwanderung wenig... Die einzige Alternative besteht offenbar in einer Familienpolitik, die eng verknüpft ist mit Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und ergänzt wird durch eine moderate Zuwanderung. Politische Meinung 9/02, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung

Schritt lassen sich in anderen Ländern die Angehörigen der führenden, leitenden oder herrschenden Klassen ganz enorm was kosten, bekannt für sein klassenspezifisches Schulwesen ist England. In Neu- oder auch in Alt-Deutschland fehlen die entsprechenden Traditionen fast ganz. Um sie entstehen zu lassen, müssten gewaltige Anstrengungen, öffentliche und private, unternommen werden.

Die Politik des Konservatismus, die akut die bekannten Schwierigkeiten mit „der Großstadtbevölkerung“ und „den Frauen“ hat, wird nicht umhin können, das Defizit der allzu sehr auf das Häusliche gestützten Erziehung in ihrem Klientenkreis aufzudecken. Sie muss ihren Kampf um möglichst große Zeit- und Geldscheiben für diesen Sektor transformieren in einen Kampf um eine Gestaltung der öffentlichen Mittel im Sinne ihrer Klientel.

Es ist deswegen zu erwarten, dass die Konservativen sich verstärkt um die Ausgestaltung des weiterführenden Schulwesens bemühen. Sie können dabei Wege entwickeln, die sie mit Interessen der Grüne-Alternativen zusammenführen.

Für einen Teil der bildungsbewussten und Vermögenden, der die Notwendigkeit

verstärkter außer- und überfamiliärer Bildung einsieht, muss die Finanzierung schichtenspezifischer Schulen erleichtert werden, die immer einen Einfluss der Eltern zulassen. Für die öffentlichen Schulen geht es dann darum, eine Bildungstheorie und -praxis entwickeln, die den Konkurrenzdruck dadurch mindert, dass sie den spezifischen häuslichen Bildungsbeitrag der deutschen Akademikerfamilie in den weiterführenden Schulen als gegeben voraussetzt.

Schichtenspezifische Bildung

Letzten Endes wird sich zeigen, dass das Um und Auf der Familienpolitik die Vermögensbildung ist. Hier übergreifen sich die Wünsche der Wählerinnen und Wähler von CDU/CSU, von FDP und Grünen und bedeutsamen Anteilen der SPD. Die Möglichkeit einer ganz großen gesetzgeberischen Koalition zeichnet sich ab. Weiß man schon, wie es gelingen kann, die Mittel für die öffentlichen Schulen zu steigern, ohne die Chancengleichheit und damit den Konkurrenzdruck zu erhöhen?

Manches spricht dafür, dass dies durch Betonung des Deutschen gelingen möchte. Es gibt wohl kein Schulfach, das so freie Beurteilungen der Schülerleistun-

gen ermöglicht und in dem die durch Schule und Lehrerschaft getroffene Beurteilung so stark das Selbstwertgefühl der Be- und Verurteilten schädigt. Irgendwie wird ja doch herabgesetzte Kommunikationsfähigkeit testiert.

Es ist sehr gut möglich, dass die gegenwärtige Debatte, in der mit dem Brustton der Überzeugung unterstrichen wird, dass jeder und alle Deutsch können müsste, den Boden für eine diesen Horror entsprechende Erziehungstheorie und Praxis bereitet.

Verdächtig wenig hören wir zur Zeit jedenfalls von der Notwendigkeit, interkulturelles Verständnis zu entwickeln und das Niveau der im Elternhaus erworbenen Sprache durch öffentliche Leistungen oder wenigstens Duldung von Selbsthilfe zu fördern. Es ist wahrscheinlich, dass eine Pädagogik, die durch Einsatz öffentlicher Mittel Spracherwerb und Sprachvermögen fördert, ganz anders aussehen muss als eine Pädagogik, die familiär erworbenes Deutsch zur Diskriminierung auf dem Unterrichtsweg ausnutzt. Betrifft dies nur oder auch nur vor allem die Migranten? Ach wo, es betrifft Dreiviertel der Bevölkerung.

alk, maf

Die PDS findet ihr Thema nicht

Darf man von der Annahme ausgehen, dass in den Bundestagswahlen die Rechte geschlagen worden sei, die Linke besiegt hätte, wobei die PDS aus eigener Schuld auf der Strecke geblieben sei? Manches spricht dafür. Stoiber wurde verhindert. Ein Wählervotum gegen die Irak-Kriegspläne ist herauszulesen. Möllemanns Anbiederung an die äußerste Rechte hat sich für die FPD nicht ausgezahlt. Bei der Regierungsbildung wird über Umverteilung von Oben nach Unten geredet. Nur, leider, leider, die PDS ist draußen.

Dagegen wäre zu bedenken: Die CSU ist stark wie nie vertreten. Sie hat in München drei von vier Wahlkreisen erobert. Die Politiker Gauweiler und Uhl, die in München für die CSU Wahlkreise holten, stehen für die Kontaktpflege zur Rechten. Die Modernisierungsdiskussion, die in der CDU mit Blick auf die Großstädte läuft, wird durch solche Daten nach rechts gezogen. Wie weit trägt die Aussage, dass die Bevölkerung den Irak-Krieg nicht will? Schon der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ist davon nicht be-

rührt gewesen. Und kam der Wahlsieg von Rot-Grün letztlich nicht auch dadurch zu Stande, dass Autoritäten gewählt wurden, im Norden das im Bund regierende Rot-Grün, im Süden die dort in den Ländern regierenden CSU und CDU?

So spricht auch einiges für die Annahme, dass das Wahlergebnis eine Schwäche der Linken ausdrückt. Die Niederlage der PDS wäre im Zusammenhang einer solchen Schwäche zu begreifen, als deren Ausdruck und bis zu einem gewissen Grade auch deren (Mit)ursache.

Aber die heftige Diskussion, die in der PDS nach der Wahlniederlage einsetzt, zeigt deutlich, dass die Partei zaudert, über politische Ziele zu sprechen. Geredet wird über politische Strategien und Methoden sowie über Personenkonstellationen. Warum denn das? Warum versucht man nicht lieber, die entgangenen Chancen und Überforderungen während der letzten Legislaturperiode namhaft zu machen? Warum geht es nicht um das Verständnis der laufenden gesellschaftlichen Prozesse und um die politischen Absichten der anderen Parteien?

Der PDS, so muss man folgern, ist sich über die beschränkte Funktion einer Partei im politischen System der BRD nicht klar geworden. Beschränkt heißt nicht

geringfügig oder unwichtig.

Als Partei der Linken bezieht sich die PDS auf gesellschaftliche Kräfte, die sich in einer Reihe von Konfliktfeldern bewegen. Eigentum und Arbeit, Repression und Demokratie, Autorität und Emanzipation, Entfremdung und Teilhabe, imperialistische Vorherrschaft und Recht auf Selbstbestimmung, und so weiter. Wichtig ist, dass die Bürgerinnen und Bürger in ihrem gesellschaftlichen Leben ihre Meinung bilden und dass sie sich, wenn es um Wahlen geht, auf verschiedene Parteien der Linken beziehen. Die Menschen, die in der Gesellschaft gegen die Kapitaldominanz stehen und wirken, beziehen sich auf die PDS; auf die SPD, auf die Grünen und sogar auf Richtungen bei den Liberalen und bei den Christlich-Demokratischen oder -Sozialen. Wenn sich die PDS so verhält, als habe sie aus irgendeinem Grund das Vertretungsmonopol für Linke, macht sie einen Fehler.

Die Frage, was linke Kritik und linke Gesellschaftsperspektive sei, wird nicht in den Parteien entschieden. In der Sphäre der öffentlichen Meinung sind die Parteien nur eine Kraft, allerdings eine spezifische.

Als Wahlpartei tritt die PDS an, um legislative Mehrheiten zu bilden. Es geht darum, Gesetze zu blockieren oder zu er-

Wofür ich stehe

Gabi Zimmer, PDS-Vorsitzende, an die Mitglieder und Sympathisatinnen und Sympathisanten der PDS

Die PDS ist in ihrer Existenz bedroht, weil wir kaum erlebbar sind. Nicht nur das Wahlergebnis hat uns blockiert. Die Auseinandersetzung um die Ursachen der Niederlage machen unsere Differenzen deutlicher. Wir sind kaum politikwirksam und die Art und Weise, wie wir diskutieren, garantiert nicht, dass wir zu gemeinsamem Handeln kommen. Vor allem unsere Wählerinnen und Wähler erwarten jedoch, dass wir uns nicht nur mit uns selbst beschäftigen oder gar als eine Selbsthilfegruppe präsentieren, sondern dass wir Politik machen. Dazu brauchen wir Klarheit und Entscheidungen darüber, wohin wir, wie und mit wem gehen wollen. Es geht um die Entwicklungsrichtung und um den Charakter der PDS.

Der Vorstand wird am Mittwoch in seiner Sitzung über einen Initiativtrag an den Parteitag entscheiden, der unter meiner und Wolfgang Gehrkes Leitung erarbeitet wird. Ich möchte klarstellen, für welche Positionen ich stehe und in den Parteitag gehe.

Die Delegierten des Parteitags stehen vor der Aufgabe, eine schonungslose Analyse der Ursachen unseres Scheiterns zur Bundestagswahl zu beginnen und die unmittelbaren Aufgaben für den

Neuen Aufbruch zu beschließen, dafür die personellen Voraussetzungen zu schaffen. Wir benötigen dazu auch neue Genossinnen und Genossen, die frische Ideen nicht nur fordern, sondern auch formulieren.

Es ist uns bisher nicht gelungen, überzeugend zu erklären, wofür wir unter den veränderten Bedingungen in der Gesellschaft gebraucht werden, was wir real verändern können, worin das Projekt besteht, das wir vertreten. Das ist nicht die Frage nach der scheinbaren Alternative „Regieren oder Opponieren“. Die Frage ist nicht, ob und wo, sondern wie und wie deutlich vernehmbar wir Interessen vertreten. Nicht nur in emanzipatorischen Bewegungen, Verbänden und Vereinen, sondern auch in Parlamenten und Verwaltungen. Dafür werden immer Konzepte gebraucht. Zu fragen „Weshalb sind wir bei den Wahlen gescheitert – weil wir zu wenig Opposition sind oder zu wenig gute Konzepte haben?“ ist falsch und lenkt ab. Zu prüfen ist vielmehr, wie wir Konzepte entwickeln und in praktische Politik umsetzen.

Wir sollten besser unsere tatsächlich unterschiedlichen Positionen formulieren und in kulturvollem Streit produktiv machen. Unterschiede gibt es zu zwei Fragen: Erstens: Wollen wir gestaltende Opposition sein und dafür alle Möglichkeiten und Formen demokratischer Politik, vom Protest auf der Straße bis zum Mitregieren nutzen oder verzichten

wir auf einige davon? Zweitens: Verstehen wir „Öffnung in die Gesellschaft“ als Hinwendung sowohl zu jenen, die Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft erfahren, sich mit sozialen Sorgen konfrontiert sehen, als auch zu jenen, die am meisten ausgegrenzt sind? Orientieren wir eher auf ein soziales Mitte-Unter-Bündnis oder auf ein Mitte-Links-Parteibündnis? In der Parteivorstandsklausur vom Wochenende entbrannte genau an diesen Fragen die Kontroversen.

Die PDS hat nur als bundesweit verankerte und erlebbare sozialistische Partei eine Zukunft. Sie kann nur als Mitglieder- und Wahlpartei erstarken. Im Bundestagswahlkampf und in meinen Beiträgen zur Programmdebatte habe ich immer wieder deutlich gemacht, dass mich die Idee von einer Gesellschaft selbstbestimmt und solidarisch handelnder Menschen fasziniert und dass dieses Leitbild schon heute das innerparteiliche Leben der PDS charakterisieren muss.

Eine Atmosphäre des Vertrauens, der gegenseitigen Achtung und Solidarität sowie Kritik- und Lernfähigkeit sind dafür unverzichtbar. Dafür stehe ich und ich sehe es als kontraproduktiv an, wenn Gruppen oder Landesverbände von Einzelnen pauschal in Beschlag genommen werden, anstatt den Dissens transparent zu machen und den Streit solidarisch auszutragen.

lassen. Wenn die Partei die politischen Meinungen, die sie aufgreift, nicht bis zu diesem Punkt ausarbeitet, wird sie als parlamentarische Partei nicht benötigt werden. Was ist links in der Europapolitik? Was ist links bei der Reform der Kommunalfinanzen? Welche Schnittmengen gibt es da mit anderen Parteien der Linken oder, wer es so nicht sagen will, mit Linkstendenzen in Gesetzgebungsprojekten anderer Parteien? Und welche Differenzen müssen in der Öffentlichkeit herausgearbeitet werden?

Als meinungsbildende Partei hat es die PDS mit der ganzen Schar der Fragen zu tun, die öffentliche Aufmerksamkeit verursachen. Als linke Partei spricht sie die Vernunft an, argumentiert sie wissenschaftlich. Also muss sie versuchen, die politischen Konsequenzen wissenschaftlicher Forschung für ihre eigene Diskussion und, wenn es gut geht, ein breiteres Publikum aufzuschließen. Was sind eigentlich Fragen, die da interessant wären? Da gäbe es z.B. die Bildungsdiskussion und den methodischen Ansatz der Pisa-Studie. Es gäbe die Chancen und Hürden interkultureller Verständigung zu bestimmen. Es gäbe dies und das und jenes. Es gäbe eine reiche Auswahl. Warum greift die Partei nicht zu? Ist es, weil sie hier nur mitreden kann und nicht entscheiden? Ist es, weil die ideologische Selbstgewissheit durch solche Debatten erschüttert würde?

Als emanzipative Partei hat die PDS auch ein Bildungsanliegen. Was soll sonst eine Massen- oder Mitgliederpartei? Viel und laut klatschen? Vorbetern nachbetnen? Wer in die Partei eintritt, muss die Chance haben, etwas zu lernen. Es geht um die Beurteilung politischer Fragen und dabei besonders um die Fähigkeit, sich schriftlicher Quellen zu bedienen, sowie darum, die gebildete Meinung schriftlich festzuhalten. Nur so lässt sich zum Beispiel auch die Ideengeschichte der Linken von links, nämlich durch den kritischen Verstand erschließen.

Wenn eine linke Partei so viel, also beinahe viel zu viel zu tun hat, was kann sie sich dann schenken? Sie muss nicht führen & lenken. Sie muss niemandem Entscheidungen abnehmen. Sie muss als Organisation, als Einrichtung, als System die Leistungen definieren und erbringen, die sonst nirgendwo erbracht werden können. Dann muss sie sehen, ob die Leute diese Angebote aufgreifen. Als Mitglieder, als Wählerinnen und Wähler. Im gesellschaftlichen Leben. Parteien entscheiden nicht. Über sie wird entschieden.

An dem kommenden Parteitag wird vor allem interessant sein, ob sich wenigstens am Rande der Diskussion Themen herauskristallisieren, denen man sich in nächster Zeit verstärkt widmen könnte. Es ist ja wohl unmöglich, vom „Wie“ zu reden, ohne über das „Was“ zu sprechen.

maf



Irak im Visier

Die Kriegsgefahr wächst

Die Friedensbewegungen mobilisieren

Die machtvolle Antikriegsdemonstration am 28.9. in London (Bild oben), an der sich nach unterschiedlichen Angaben zwischen 250.000 und 400.000 Menschen beteiligten, bildete den Auftakt zu einer ganzen Welle von Protestaktionen gegen den drohenden Irak-Krieg. Am selben Wochenende demonstrierten Zehntausende in Dublin, Madrid, Rom, Sydney, Auckland und Washington. In den Tagen danach und besonders am 5./6. Oktober fanden teils kleinere Aktionen, teils große Demonstrationen in Genf, in 120 italienischen Städten, in New York, Chicago, Los Angeles, Austin, San Diego und andernorts statt. In den USA mobilisieren die Kriegsgegner für den 26. Oktober zu zwei parallelen Großdemonstrationen in Washington bzw. San Francisco. Das Bündnis wird von Friedensorganisationen und -netzwerken, Organisationen der muslimischen Gemeinde in den USA und Organisationen anderer Minderheiten, linken Organisationen, kirchlichen Gruppen und Würdenträgern, gewerkschaftlichen Gliederungen und Gruppen von Kriegsveteranen getragen. Ebenfalls für den 26. Oktober ruft die Friedensbewegung in der BRD zu einem bundesweiten Aktionstag auf (s. auch S. 10). Eine oder zwei bundesweite Demonstrationen sind für Anfang nächsten Jahres, wahrscheinlich Februar, in Vorbereitung. Ähnlich wie in den USA (s. PB 20, S. 9) wenden sich auch hierzu lande Wissenschaftler und Künstler, bisher 120, unter ihnen Jürgen Habermas, Hans Mommsen, Hannelore Elsner, Will Quadflieg, Jürgen Flimm, mit einem Aufruf „Nicht in unserem Namen“ gegen die Fortsetzung des „Krieges gegen den Terror“.

Der Krieg rückt näher ...

Ungeachtet dessen treibt die US-Regierung die Errichtung einer nationalen und internationalen Front für den Krieg voran.

Nachdem der außenpolitische Ausschuss des Repräsentantenhaus mit 31:11 einem Resolutionsentwurf zustimmte, der Präsident Bush weitreichende Vollmachten für einen Krieg gegen den Irak auch ohne UN-Mandat gibt, zeichnet sich im Repräsentantenhaus eine deutliche Mehrheit für diese Resolution ab. Mit ihrer Verabschiedung würde Bush ermächtigt, die US-Streitkräfte für den Schutz des Landes einzusetzen, wie er es für „notwendig und angemessen“ hält. Einige Bedingung: Die diplomatischen Mittel müssten ausgereizt sein.¹

Inzwischen wurde auch der Entwurf der US-Regierung für eine neue Resolution des UN-Sicherheitsrates bekannt. Demnach soll der Sicherheitsrat beschließen, dass nicht nur die UNO und die Internationale Atomenergie-Organisation Inspektoren in den Irak entsenden können, sondern jedes ständige Mitglied im Sicherheitsrat, und dass die Inspektoren von bewaffneten Sicherheitskräften begleitet werden, die u.a. das Recht haben sollen, Verbotszonen für Flug- und Straßenverkehr einzurichten. Jegliche falsche Erklärung oder Unterlassung in der Erklärung Iraks an den Sicherheitsrat oder jeder Verstoß des Irak gegen seine Verpflichtungen aus dieser Resolution soll die Anwendung auch militärischer Mittel nach sich ziehen können.²

Anders als noch vor wenigen Wochen hat die irakische Regierung eine neue UN-Resolution nicht von vornherein zurückgewiesen, sondern ernsthafte Prüfung und Verhandlungsbereitschaft zugesagt. Aber auf solche Bedingungen könnte sich der Irak nur unter vollständiger Preisgabe seiner Souveränität einlassen. Eine andere Wahl als bedingungslose Kapitulation oder Krieg scheinen die USA dem Irak nicht lassen zu wollen.

Mit ihrem Vorgehen setzen die USA auch die UNO und ihren Sicherheitsrat massiv unter Druck. Gerade erst hatte UN-Chefkontrolleur Blix mit dem Irak einen Plan für die Rückkehr der Waffeninspekteure vereinbart. Der Irak hatte als Geste seines guten Willens Daten und Dokumente über Waffenprogramme und Produktionsstätten aus den vergangenen Jahren übergeben. In weniger als 14 Tagen hätten die ersten Inspektoren in den Irak reisen sollen. Die USA erklärten jedoch, dass sie die Rückkehr der Inspektoren vor der Verabschiedung einer neuen Resolution verhindern würden. Prompt schloss sich Blix nach Gesprächen mit der US-Regierung ihrer Auffassung an und begrüßte überdies ausdrücklich ihren Entwurf einer neuen Resolution.³ Die drei noch widerstrebenden Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates Frankreich, Russland und China scheinen ihre Vorbehalte Zeitungsberichten zufolge Schritt für Schritt fallen zu lassen – womöglich einigt man sich auf den „Kompromiss“, in einer ersten Resolution die neuen Bedingungen zu formulieren und in einer zweiten Resolution militärische Gewalt anzudrohen.

Die militärischen Kriegsvorbereitungen sind weit gediehen. Bisher in Katar und in Deutschland lagernde Ausrüstung wird zur Zeit nach Kuwait gebracht. Hier sind inzwischen fast 35.000 US-Soldaten stationiert. Im nächsten Monat will das US-Zentralkommando im Rahmen einer sogenannten Übung 600 Soldaten aus dem Hauptquartier in Florida nach Katar verlegen und damit die Grundlagen für eine Kommandozentrale in der Region schaffen. Am 24. Januar soll als letzter Flugzeugträger die „USS Abraham Lincoln“ in der Arabischen See eintreffen und damit einen Verband aus sechs Trägerkampfgruppen vervollständigen. Dieser Verband bildet eine bisher nicht bekannte seegestützte Feuerkraft in der Region: 450 Jagdflugzeuge und Bomber, mehr als eine halbe Million Tonnen Bomben und Raketen ...⁴

Die USA und Großbritannien intensivieren laufend ihre Luftangriffe auf den Irak. Sie kontrollieren bereits jetzt rund zwei Drittel des irakischen Luftraumes. Bombardiert werden nicht mehr hauptsächlich mobile Artillerie- und Flugabwehrstellungen, sondern vor allem „feste“ Kommando- und Kommunikationseinrichtungen, die damit für den Kriegsfall ausgeschaltet sind. Im September bombardierten die Angreifer einen Befehlsstand außerhalb der Flugverbotszone.

... die BRD hält sich bereit

Der rot-grüne Wahlerfolg stand kaum fest, als maßgebliche Außenpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion, Weisskirchen und Klose, damit begannen, Schröders Wahlkampfversprechen – „Keine deutsche Beteiligung an einem Krieg gegen Irak“ – zu relativieren. Natürlich müssten neue Fakten auf den Tisch, müssten

die USA darauf verzichten, den Regimewechsel im Irak als Kriegsziel festzuschreiben, müsste der UN-Sicherheitsrat den Krieg mandatieren ... dann werde man in Berlin das „Nein“ überdenken.

Die Friedensbewegung versucht, den Rückweg zu verbauen und konzentriert sich dabei vor allem auf Forderungen, die die Beteiligung Deutschlands am Angriffskrieg gegen Irak durch finanzielle oder logistische Unterstützung vereiteln sollen: keine Überflugrechte, keine Nutzung von US-Stützpunkten in Deutschland für den Krieg, keine finanzielle

den US-Truppen für andere „Aufgaben“ entlasten und wahrscheinlich bedeuten, dass die Bundesrepublik auf lange Jahre Kriegs- und Besatzungsmacht in einer Region wird, deren Unterwerfung gegenwärtig im Zentrum der imperialistischen Neuordnung der Welt steht.

Zweitens hat die Bundesregierung ihrer im Wahlkampf geäußerte ablehnende Position nie damit verbunden, internationale Antikriegspositionen zu stärken. Zu keinem Zeitpunkt ist sie etwa dem Versuch, die Frage der Rückkehr der Waffeninspektoren als „casus belli“ zu missbrauchen, entgegengetreten. Das hätte um so mehr Gewicht gehabt, als die BRD zum 1.1.03 für zwei Jahre Mitglied des UN-Sicherheitsrates wird und zudem ab 1.2.03 den rotierenden Vorsitz übernimmt.⁶

Drittens hat die Bundesregierung bereits angemeldet, dass die BRD, auch wenn sie sich nicht mit eigenen Truppen am Angriff auf Irak beteiligt, für die Zeit nach dem Krieg beim „Wiederaufbau“ des Landes selbstverständlich in führender Position mitmacht. Abgesehen von allem anderen ist es durchaus realistisch, dass der Sturz des Saddam-Regimes in der Strategie der USA zur Neuordnung des Nahen bzw. Mittleren Ostens ein zentraler, aber nur ein erster Schritt ist.⁷

Vieles spricht dafür, dass die BRD sich bei ihrer an den Tag gelegten Zurückhaltung einzig davon leiten lässt, in Anbetracht der realen Kräfteverhältnisse größtmöglichen Einfluss zu entwickeln und einen größtmöglichen Anteil an der zu erwartenden Beute zu erhalten. scc

1 Netzeitung, 6.10.

2 Netzeitung, 4.10.

3 Die Welt, 7.10.

4 Franz-Josef Hutsch in „Streitkräfte und Strategien“, NDR 21.9., Quelle: www.friedensratschlag.de

5 Allerdings hat der Bundesausschuss Friedensratschlag in seiner Erklärung vom 6.10.02 anlässlich des ersten Jahrestags des Beginn des Afghanistan-Krieges gegen die tiefen Verstrickungen der BRD eindeutige Forderungen erhoben: „Die deutschen KSK-Truppen sind genauso aus Afghanistan abzuziehen wie die Spürpanzer Fuchs mit Besatzung aus Kuwait zurückgerufen werden müssen. Nichts zu suchen haben auch die Marineverbände im Golf von Aden und vor den Küsten Ostafrikas. Das für ein Jahr ausgestellte Bundestagsmandat für diese Einsätze läuft spätestens am 16. November aus. Es darf um keinen Tag verlängert werden. (...) keine indirekte Unterstützung des (Irak-)Krieges etwa dadurch, dass deutsche Truppen auf dem Balkan und in Afghanistan verstärkt werden, um dadurch die USA für ihren Truppenaufmarsch gegen Irak zu entlasten.“ Quelle: www.friedensratschlag.de

6 Beschlüsse des aus 15 Mitgliedern bestehenden Sicherheitsrats bedürfen der Zustimmung von neun Staaten.

7 Die neokonservativen Eliten in den USA erörtern ziemlich offen, dass der Irak der taktische Angelpunkt zur Neuordnung des Nahen Ostens sei und dass das Ziel der USA sein müsse, „die arabische Welt zu öffnen“, d.h. von Syrien bis Iran, einschließlich Saudi-Arabien, Regierungen zu stürzen. Ein sehr informativer Artikel dazu findet sich bei: www.profil.at – Das Online-Magazin Österreichs, Heft 39/2002



Chicago

Unterstützung. Das alles ist richtig. Doch dass die Bundesrepublik keineswegs nur den Part eines widerstrebenden Miltärfuers spielt, wird oft zu wenig beachtet.

Erstens steht der drohende Irak-Krieg in engem Zusammenhang mit dem Krieg in Afghanistan.⁵ Deutschland schickt sich an, zusammen mit den Niederlanden das Kommando der „internationalen Schutztruppe“ (ISAF) – derzeit 4.650 Soldaten, darunter 1.200 deutsche – zu übernehmen. Das zu einem Zeitpunkt, zu dem jedem Interessierten klar sein kann, dass es in Afghanistan nicht um Frieden und Entwicklung, sondern um Kontrolle geht. Die von der „internationalen Gemeinschaft“ zugesagten Gelder für den Wiederaufbau bleiben aus. Fast alle zugänglichen Berichte sprechen von wachsender Feindseligkeit der Bevölkerung, auch in Kabul, und von einem drohenden Aufflammen des nicht beendeten Krieges. In der Diskussion ist die Ausweitung des ISAF-Mandats über Kabul hinaus. Das würde die in Afghanistan kämpfen-

Vor einer Richtungsentscheidung

Der vierte Anlauf

Die erste Etappe der Wahlen des Jahres 2002 in Brasilien ist abgeschlossen. Sie haben nicht nur für das Land selbst besondere Bedeutung, sondern können für die weitere Entwicklung in Lateinamerika von großer Wichtigkeit sein. Am 6. Oktober gaben 46,44% der 110 Mio. Wahlberechtigten ihre Stimme dem Kandidaten der Partei der Werktätigen Brasiliens (PT), Luiz Inacio da Silva, genannt Lula.

Abgeschlagen mit 25% landete der Kandidat der Regierungspartei, Sozialdemokratische Partei Brasiliens (PSDB), auf dem zweiten Platz. Der Anfangserfolg der PT wird komplettiert durch die Wahl zweier Gouverneure in den Bundesstaaten Acre und Piaui und acht weiterer PT-Kandidaten, die ebenfalls wie Lula sich am 27. Oktober im zweiten Wahldurchgang der endgültigen Entscheidung der Wähler stellen müssen. Schon im ersten Wahlgang erreichte die PT den Einzug von zehn Kandidaten in den Senat und verfügt dort nun über ein Drittel aller Sitze. Ein ähnliches Bild ergibt sich nach den vorliegenden Ergebnissen auch für die Abgeordnetenkammer.

Die Aussichten für Lula im zweiten Wahldurchgang werden positiv beurteilt. Gegenwärtig zeichnet sich ab, dass er durchaus mit der Unterstützung der anderen zwei unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Anthony Garotinho (Sozialistische Partei Brasiliens – PSB) und Ciro Gomez (Sozialistische Volkspartei – PPS) rechnen kann.

Lula, der Mann aus dem Volk

Sollte das der Fall sein, wird Brasilien in den nächsten Jahren von einem Präsidenten regiert, der nicht aus den alten und neuen Eliten des Landes kommt. Lula ist Symbol für den erfolgreichen Aufstieg der aus der Gewerkschafts- und sozialen Bewegungen Anfang der 80er Jahre entstandenen PT. Gemeinsam mit der Metallarbeitergewerkschaft Sao Paulos hatten Intellektuelle, Vertreter anderer linker Strömungen und der sozial- und basisorientierten Kirche die Partei im Kampf gegen das Militärregime geschaffen. Bis heute hält die PT an ihrem Ziel, eine demokratische und sozialgerechte Gesellschaft zu schaffen, fest.

Brasilien – ein zweites Argentinien?

Die brasilianische Gesellschaft hat in den Jahren der Regierung Fernando Henrique Cardoso (FHC), PSDB, tiefgreifende Ver-

änderungen durchgemacht. Das von FHC präferierte neoliberale Entwicklungsmodell hat das Land an den Rand des wirtschaftlichen Ruins gebracht. Das Wirtschaftswachstum ist gleich Null. Die Auslandsverschuldung erhöhte sich im Jahre 2001 auf 148 Mrd. \$ und nähert sich 2002 250 Mrd. \$. Sie macht gegenwärtig ca. 60% des Bruttoinlandproduktes aus. Wenn Brasilien im Jahre 1995 noch 20,3% des Staatshaushaltes für die Bildung ausgegeben hat, so waren es 2000 nur noch 4,2%. Dagegen brachte die Regierung FHC 1995 24,9% und 2000 gar 55,1% für den Auslandsschuldendienst auf. Brasilien nimmt mit der Höhe der Zinssätze den zweiten, dritten Platz in der Welt ein. Die Deregulierung der Wirtschaft wider spiegelt sich in der fast kompletten De-nationalisierung der produktiven Basis und der damit unbeschränkten Herrschaft ausländischer Konsortien und transnationaler Unternehmen über die Wirtschaft des Landes. Dieser Weg führte zur substantiellen Erhöhung der Arbeitslosenzahlen und zur Verarmung breiter Schichten der Gesellschaft. Die Reichen wurden reicher und die schon Marginalisierten noch ärmer. Nach Angaben der Getulio-Vargas-Stiftung, Rio de Janeiro, leben 50 Mio. Menschen, das sind mehr als 25% der Bevölkerung, in Armut, weitere 30 Mio. überleben mit 80 Reais (ca. 30 \$) pro Monat. In den Sog dieser Entwicklung ist somit fast die Hälfte aller Brasilianer gekommen. Betroffen sind große Teile der Mittelschichten, kleinere und mittlerer Unternehmer in Industrie und Landwirtschaft und v.a. der der werktätigen Bevölkerung.

Der Wille zum Wandel

Das Scheitern des neoliberalen Modells ist offenkundig, die tiefe Krise, in der Brasilien sich befindet, unübersehbar. Brasilien durchlebt eine Phase seiner Entwicklung, die der 80er Jahre des Niedergangs der Militärdiktatur gleicht: Unterschiedliche soziale Kräfte bis hin ein in die herrschenden Kreise, einschließlich der Militärs, wollen eine Veränderung. Das Bewusstsein, dass Veränderungen erforderlich sind, ist allgemein präsent. Das Streben nach einem anderen Entwicklungsmodell ist gegenwärtig ein kollektives Anliegen. Im Unterschied zur Situation der 80er Jahre ist allerdings ein Zusammensehen unterschiedlicher sozialer Kräfte nur bedingt und zeitweilig denkbar. Wollen die Massen von unten radikale Veränderungen, werden die Mittelschichten und Teile der Eliten ihr Begehr, an der Ausübung der Macht beteiligt zu sein, nicht aufgeben.

José Luis Fiori, Professor für internationale Wirtschaftspolitik an der Uni Rio und Kritiker der Regierung FHC, meint, dass die gegenwärtigen Wahlen die Möglichkeit bieten, eine Übereinkunft verschiedener Kräfte mit hegemonialer Beteiligung des Volkes zu erzielen. Eine solche Übereinkunft würde eine neue Dynamik der wirtschaftlichen Entwick-

lung, die sich auf Wachstum und gerechtere Verteilung des Reichtums stützt, ermöglichen. Fiori: „Die Chance dieses Projektes besteht in der Schaffung eines Paktes, in dem das Volk eine hegemoniale Stellung im Rahmen der Allianz einnimmt, die das Land regieren wird.“

In gleicher Richtung, wenngleich auch in wesentlich kritischem Ton, äußert sich die Bewegung der Landlosen (MST). Die MST unterstützt Lula, weil sie davon ausgeht, dass sein Wahlsieg die Chancen für bedeutende Veränderungen in den sozialen Kämpfen des Landes wesentlich erhöht und eine neue Periode für die Vertiefung der Landreform und in der Auseinandersetzung mit der alten Grundbesitzeroligarchie einleitet. Joao Pedro Stédile, einer der Führer der MST, meinte, dass Lula im Verlaufe der Wahlkampagne keine linken Reden gehalten und keine radikalen Veränderungen gefordert hat. Für ihn sind das Wichtigste die sozialen Bewegungen, die sich um Lula als Kandidaten geschart haben. „Die Kandidatur Lulas ist Symbol für die Veränderungen. Das Volk weiß, dass es, wenn Lula gewinnt, Veränderungen geben wird.“

Die Aussichten

Eine neue Regierung und ihr neuer Präsident werden mit einer harten Realität konfrontiert. Brasiliens Situation ist keineswegs besser als die seines Nachbarn Argentinien. Nur wurden diesem Lande weitere Kredite des IWF in bedeutender Höhe verweigert, erhielt Brasilien im Sommer 2002 einen IWF-Kredit in Höhe von 30 Milliarden Dollar. Wenn Lula sein Amt antreten wird, hat Brasilien gerade mal Devisenreserven, um für einen Monat die Importe begleichen zu können. Die aktuellen Börsennachrichten zeigen, dass vor der Wahl eine Kapitalflucht eingesetzt hat. Der Real verliert an Wert gegenüber dem Dollar. Der Vertrag mit dem IWF sieht eine Reduzierung der brasilianischen Reserven auf das lächerliche Niveau von 5 Milliarden Dollar bis zum 31. Dezember 2002 vor.

Hält sich das offizielle Washington noch in seinen Kommentaren zurück, wird in der amerikanischen Presse (*Washington Times*) allerdings schon einmal spekuliert, ob nach Kuba und Venezuela nun auch das zukünftig von einem Linken repräsentierte Land als „Schurkenstaat“ klassifiziert werden muss.

Die Aussichten in der kommenden Entscheidung für die PT und für Lula sind erfolgversprechend. Eine in einer breiteren Allianz unterschiedlicher Kräfte vertretene linke Partei hat sowohl für Brasilien als auch für den lateinamerikanischen Kontinent enorme Bedeutung. Schon jetzt steht allerdings schon fest, dass sie nur überleben kann, wenn sie ihr Ziel, soziale Veränderungen herbeizuführen, die Gesellschaft weiter zu demokratisieren und die Herrschaft der alten Eliten zu brechen, in enger Anlehnung an die starken sozialen Bewegungen Brasiliens realisiert.

abe



Am 27.9. führten israelische Friedensaktivisten von Gush Shalom eine Demonstration am Checkpoint Kalandia durch, um ihre Forderung nach Rückzug der israelischen Truppen vom Amtssitz Arafats in Ramallah und Anerkennung Arafats als legitimem Verhandlungspartner Israels Nachdruck zu verleihen. Bild: www.gush-shalom.org



149 israelische Wissenschaftler warnen vor Massenvertreibung der Palästinenser

Eine dringende Warnung vor möglichen Massenvertreibungen von Palästinensern durch die israelische Regierung haben 149 israelische Wissenschaftler an die internationale Gemeinschaft gerichtet, darunter der Mathematiker Prof. Matachia Ben-Artzi, der Soziologe Prof. Baruch Kimmerling, der Philosoph Prof. Adi Ophir, der Historiker Prof. Moshe Zimmermann. Der Appell, der am 28. September 2002 in The Guardian erschien (<http://www.guardian.co.uk/letters/story/0,3604,800595,00.html>), hat auf Deutsch folgenden Wortlaut:

„Dringende Warnung: Die israelische Regierung könnte Verbrechen gegen die Menschheit erwägen. Wir, israelische Wissenschaftler, sind entsetzt über den Truppeneinsatz der USA zu einem Angriff gegen den Irak und die begeisterte Unterstützung durch die israelische politische Führung. Wir sind tief besorgt, dass der „Rauchvorhang des Krieges“ durch die israelische Regierung ausgenutzt werden könnte, um weitere Verbrechen gegen das palästinensische Volk zu begehen, bis hin zu einer umfassenden ethnischen Vertreibung. Die israelische Regierungskoalition schließt Parteien ein, die einen „Transfer“ der palästinensischen Bevölkerung befürworten als Lösung dessen, was sie „das demographische Problem“ nennen. Politiker werden regelmäßig in den Medien mit Empfehlungen für eine gewaltsame Vertreibung zitiert, zuletzt die Knesset-Mitglieder Michael Kleiner und Benny Elon, wie auf der Webseite von Yediot Achronot vom 19. September 2002 berichtet. In einem Interview in Ha'aretz bezeichnete kürzlich der Generalstabschef Moshe Ya'alon die Palästinenser als ein „Krebsgeschwür“ und sprach von den Militäraktionen in den besetzten Gebieten als „Chemotherapie“, wobei er andeutete, dass eine noch radikalere „Behandlung“ erforderlich sein könnte. Premierminister Sharon pflichtete dieser „Einschätzung“

zunng der Realität“ bei. Das Anschwellen rassistischer Demagogie im Bezug auf die palästinensischen Staatsbürger Israels dürfte den Umfang der Verbrechen anzeigen, die möglicherweise erwogen werden. Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, die Vorkommnisse in Israel und den besetzten Gebieten genau zu beobachten, um absolut klar zu machen, dass Verbrechen gegen die Menschheit nicht geduldet werden, sowie konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass solche Verbrechen stattfinden.“ AIK-info

Israel: Durchschnittliches Monatseinkommen sinkt rapide

Im zweiten Quartal 2002 sank das durchschnittliche Monatseinkommen in Israel um 5,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Rückgang betraf alle Bereiche der Wirtschaft. Als Ursache werden die sich verschärfende Rezession, die – auch kriegsbedingt – wachsende Arbeitslosigkeit und Massenentlassungen im High-Tech-Bereich genannt.

Südafrika: zweitägiger Generalstreik gegen Privatisierung

Viele zehntausend, laut Medienberichten bis zu 90% der Beschäftigten, folgten dem Aufruf des Gewerkschaftsverbandes Cosatu zum Generalstreik gegen die Privatisierungspolitik der ANC-Regierung. Unterstützt wird der Streik auch von vielen Nichtregierungsorganisationen. Im März hatte Cosatu einen bereits geplanten Streik noch abgesagt, um der Regierung eine Bedenkfrist einzuräumen. Doch die Privatisierungen halten unvermindert an. Fast 2 Mrd. Euro hat die Regierung in den letzten fünf Jahren durch den Verkauf von Staatsbetrieben erlöst, allein in diesem Finanzjahr soll noch einmal knapp 1 Mrd. dazu kommen, v.a. durch die Veräußerung der Telefongesellschaft. Doch die Privatisierung öffentlicher Unternehmen – sie sind die größten Arbeitgeber – führt nicht nur dazu, dass Arbeitsplätze weggratualisiert

werden. Sie gefährden die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Strom, Transport- und Kommunikationsmitteln. Viele Arme können sich die privatisierten Dienstleistungen nicht mehr leisten. Im letzten Jahr z.B. kappte die teilprivatisierte Telkom 250.000 Telefonleitungen.

Bozen/Bolzano: „Friedensplatz“ wieder „Siegesplatz“

62% der 82.000 Wahlberechtigten in Bozen/Bolzano, der Hauptstadt von Südtirol/Alto Adige, stimmten in einer Volksbefragung dafür, dass der Ende 2001 in „Friedensplatz“ umbenannte frühere „Siegesplatz“ seinen alten Namen wieder erhält. „Siegesplatz“ hieß er und wird er wohl wieder heißen, weil hier Mussolini 1928 ein sog. „Siegesdenkmal“ errichten ließ, mit dem er die Tatsache, dass Südtirol nach dem 1. Weltkrieg an Italien gefallen war, als Triumph italienischer Zivilisation über die Südtiroler Bevölkerungsgruppe feierte. Die Initiative zum Volksbegehren war von der (post-)faschistischen Alleanza Nazionale, stärkste Fraktion im Bozener Gemeinderat, ausgegangen. und von der ultranationalistischen Bewegung „Unitalia“ getragen worden. Dass 73% der Einwohner Bozens/Bolzanos italienischsprachig und nur 26% deutschsprachig sind – in ganz Südtirol sind die Verhältnisse ansonsten mit 26/70% umgekehrt – erklärt den Ausgang des Begehrns nicht. Mit einer Verschärfung des kulturellen Konflikts zwischen den beiden Sprachgruppen muss gerechnet werden.

EU-Gutachter: „Benes-Dekrete sind kein Hindernis“

„Die Benes-Dekrete stellen kein Hindernis für den Eu-Beitritt Tschechiens dar.“ Das ist der Tenor eines Gutachtens, das im Auftrag des Europaparlaments erstellt wurde. Mit Hilfe des Gutachtens wollten die EU-Abgeordneten klären, ob die tschechische Rechtsprechung auf Grundlage der Benes-Dekrete bis heute gültige diskriminierende Bestimmungen enthält. Das Gutachten wurde von dem deutschen Völkerrechtler Jürgen Frohwein, dem schwedischen Wissenschaftler Ulf Bernitz und dem englischen Juristen Christopher Prout erarbeitet und Anfang Oktober dem Außenpolitischen Ausschuss des Europaparlaments zugeleitet. EU-Kommissar Verheugen bedauerte gegenüber der österreichischen Zeitung *Presse*, dass das Gutachten „vorzeitig“ in die Medien gelangt und es ihm dadurch unmöglich wurde, die tschechische Regierung noch unter Druck zu setzen, Österreich mit einer „moralischen Erklärung“ entgegenzukommen. Die österreichische Regierung steht hier mit der CSU, Stoiber und der Sudetendeutschen Landsmannschaft in einer Front gegen Tschechien.

Zusammenstellung: scc

MÜNCHEN. Der „Tag des Flüchtlings“ wurde am 4.10.02 in ganz Deutschland von Menschenrechts- und Flüchtlings-unterstützer-Gruppen/-Organisationen genutzt, um den Druck auf die jeweiligen Länderinnenministerien weiter zu erhöhen. An diesem Tag übergab die Menschenrechtsorganisation *res publica* in München 30 Meter Unterschriften gegen „Ausreisezentren“ an Ulrike Frowein, stellv. Sprecherin des bayer. Innenministeriums. Trotz des massiven Protests von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen hat Bayern am 16.09.02 sein erstes „Ausreisezentrum“ in Fürth eröffnet. Innenminister Günther Beckstein versicherte vorab, das bayerische Abschiebelager werde nicht wie in anderen Bundesländern zu einer massenhaften Illegalisierung der eingewiesenen Flüchtlinge führen. Doch die Realität beweist das Gegenteil: Von 22 eingewiesenen Personen erschienen bisher nur vier, fünf weitere klagen vor dem Verwaltungsgericht gegen ihre Einweisung. Alle anderen, stolze 60%, sind untergetaucht. Das ist die bisher höchste Illegalisierungsrate aller Abschiebelager in Deutschland. *res publica* will sich nun an die Menschenrechts-Kontrollausschüsse der Vereinten Nationen wenden, um eine Verurteilung Deutschlands für seine Menschenrechtsverstöße in Abschiebelagern zu erreichen.

www.ausreisezentren.cjb.net



26. Oktober – weltweiter Protesttag „Kein Krieg gegen den Irak!“

BERLIN. Der Bundesausschuss Friedensratschlag und die „Achse des Friedens“ rufen parallel zu den beiden Anti-Kriegs-Manifestationen in Washington und San Francisco am 26. Oktober zu Aktionen, Mahnwachen und Kundgebungen auf. In Berlin wird um 14 Uhr Alexanderplatz eine Demonstration beginnen. In dem Aufruf heißt es u.a.: „Wir fordern: – Keinerlei Beteiligung am Krieg, ob mit oder ohne UN-Mandat! – Sofortiger Abzug aller Soldaten und Militärtechnik aus der Golfregion! – Keine finanzielle und politische Unterstützung für diesen Krieg! – Keine Gewährung von Überflugrechten für Militärmaschinen und von Nutzungsrechten an militärischen Einrichtungen!“

Verhindert den Krieg, bevor er beginnt! Unter diesem Motto ruft die US-Friedensbewegung für den 26. Oktober 2002 zu einem Aktionstag auf. Überall auf der Welt protestieren die Menschen gegen die Politik der Bush-Administration. Auch in Deutschland ist die Mehrheit der Bevölkerung gegen diesen Krieg. Tragen wir unseren Widerstand auf die Straße! Jede Stimme ist wichtig!

- Stoppt den Krieg gegen den Irak!
- Schluss mit den seit 1991 andauernden Bombenangriffen!
- Schluss mit dem Embargo gegen die Zivilbevölkerung!“

1. und 2. November – Irak-Kongress

BERLIN. Nicht allein die Frage eines erneuten Krieges und einer möglichen Beteiligung europäischer Staaten steht auf der Tagesordnung, sondern auch eine Bilanz der bisherigen Irakpolitik und die Diskussion möglicher Alternativen.

Wie ist die Lage im Irak nach Krieg

und 12 Jahren Embargo? Stellt der Irak eine Bedrohung für andere Länder dar? Welche Wege gibt es für eine Wiedereingliederung des Iraks in seine regionale Umgebung und den Wiederaufbau des Landes? Welche Voraussetzungen müssen zuvor erfüllt sein? – Zu diesen und anderen Fragen möchte der von zahlreichen Friedensgruppen unterstützte Kongress in Berlin durch die Beiträge und Diskussion international anerkannter Fachleute einen Beitrag leisten. Das laufend aktualisierte Programm und weitere Infos unter www.irak-kongress-2002.de

19. Oktober – Demonstration in Offenbach „Ausbau? Nicht mit uns!“

OFFENBACH, MAIN. Nach 50.000 Einwendungen, dem Schulterschluss zahlreicher Kommunen und juristischen Verfahren machen die Bürgerinitiativen weiter Druck und rufen zur Demonstration am 19. Oktober, 11.30 Uhr, ab Rathaus Offenbach auf. Ihre Forderungen lauten: „Wir demonstrieren unseren Widerstand gegen die Expansionspläne der Allianz aus Fraport, Lufthansa und Landespolitik. Unsere Forderungen:

- Keine Flughafenerweiterung!
- Keine neue Landebahn! Nicht im Nordwesten, nicht im Nordosten, nicht im Süden!
- Kein schlechender Ausbau durch die



Hintertür, getarnt als Bau einer Wartungshalle für den Riesenflieger A380!“

- Kein weiterer Ausbau im Süden!
- Kein drittes Terminal!
- Keine Rodung von (Bann-)Wald!
- Für eine Reduzierung von Flugbewegungen, Lärm und Schadstoffen!
- Für ein sofortiges Nachtflugverbot von 22 Uhr bis 6 Uhr!“

www.flughafen-bi.de

Volksinitiative für bessere Lebensbedingungen von Asylbewerbern

POTSDAM. Mit einer Volksinitiative will der Flüchtlingsrat in Brandenburg bessere Lebensbedingungen für Asylbewerber durchsetzen. Bis Oktober 2003 sollen 20.000 Unterschriften für ein Diskriminierungsverbot in der Landesverfassung und die Ausgabe von Bargeld statt von Wertgutscheinen an Flüchtlinge gesammelt werden, sagte Olaf Löner vom Flüchtlingsrat zum Start der Volksinitiative am 4. Oktober 2002. Bei Erfolg der Aktion muss sich der Landtag mit der vorgeschlagenen Verfassungsänderung befassen.

Der Flüchtlingsrat hoffe auf Unterstützung von Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD), der sich zuvor als Oberbürgermeister von Potsdam für die Abschaffung des Sachleistungsprinzips eingesetzt habe, sagte Löner. Die Städte Potsdam, Cottbus und Brandenburg an der Havel sowie die Landkreise Potsdam-Mittelmark, Dahme-Spreewald und Uckermark hätten sich bereits für eine Abschaffung der Wertgutscheine und für die Rückkehr zur Auszahlung von Bargeld ausgesprochen. Das 1994 in Brandenburg eingeführte so genannte Sachleistungsprinzip mit der Ausgabe von Einkaufsgutscheinen oder Chipkarten statt Bargeld an Asylbewerber entmündigte Flüchtlinge und habe in

Städten und Gemeinden zu erheblichen zusätzlichen Verwaltungskosten geführt, kritisierte Löner.

Derzeit erhalten Flüchtlinge in Brandenburg den Angaben zufolge im Rahmen der reduzierten Sozialhilfe Einkaufsgutscheine im Wert von 159 Euro, die in ausgewählten Geschäften angenommen werden, und 41 Euro Bargeld monatlich. Das Bargeld werde in der Regel für Anwaltkosten, Deutschkurse, Porto- und Telefonkosten benötigt, die nicht mit Gutscheinen bezahlt werden können. Quelle: Märkische Allgemeine.

www.inforiot.de/news

Gorleben-Gegner ziehen vor das Bundesverfassungsgericht

QUICKBORN. Das Maß ist voll: unzulässige Eingriffe in das Versammlungsrecht, fehlender effektiver Rechtsschutz und massive Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung listet die Hamburger Rechtsanwältin Ulrike Donat auf und hat in Karlsruhe eine Verfassungsbeschwerde eingereicht. Fünf Jahre lang hat sie für zwei Mandantinnen, die Anfang März 1997 beim zweiten Castortransport nach Gorleben zusammen mit weiteren 565 Demonstranten stundenlang in Quickborn von der Polizei eingekesselt wurden, dafür gestritten, die Rechtswidrigkeit der Polizeimaßnahmen feststellen zu lassen.

Das Verfahren wurde von Instanz zu Instanz hin- und hergeschoben, dabei seien fundamentale Fehler unterlaufen, von einem effektiven Rechtsschutz könne nicht die Rede sein.

Die Folgen eines Ermittlungsverfahrens sind gravierend, denn die Betroffenen landen vermutlich in der „Gewalttäter Datei Links“ des Bundeskriminalamtes. Ein entsprechendes Verfahren wegen der Auskunft und Löschung der gespeicherten Daten ist vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg ebenfalls anhängig.

Die Fülle an Gründen hätten nun die beiden Frauen bewogen, vor dem Bundesverfassungsgericht Beschwerde einzulegen. Das Verfahren hat jedoch auch eine Signalfunktion, so Wolfgang Ehmke für die Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) Lüchow-Dannenberg. Mit auf dem höchstrichterlichen Prüfstand steht damit die Praxis der Polizei, auch außerhalb des sogenannten „Transportkorridors“ willkürlich Demonstranten in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern oder Camps zu verbieten. Diese Repressionen wollen die Gorleben-GegnerInnen nicht mehr widerspruchslos hinnehmen.

www.oneworldweb.de/castor

Gegen Rasterfahndung! Studierende planen Verfassungsbeschwerde

FRANKFURT A. MAIN. Der Hessische Landtag hat auf Initiative der Regierungskoalition aus CDU und FDP das Hessische Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) geändert. Darauf-

hin ist nun am 13. bzw. 16. September den hessischen Hochschulen eine Verfügung des Hessischen Landeskriminalamts (LKA) zugestellt worden, in der im Rahmen einer polizeilichen Maßnahme um Datenübermittlung im Zuge der Rasterfahndung aufgefordert wird. Begründet wird diese Anordnung mit der Bemühung, „mögliche Anschläge in Deutschland zu verhindern“, außerdem soll Hessen im Rahmen einer „einheitlichen Vorgehensweise“ analog den anderen Bundesländern „für einen umfassenden Erfolg“ die schon einmal erhobenen und nach Beschluss des OLG Frankfurt wieder gelöschten Datensätze für die Rasterfahndung erneuern.

Zahlreiche Studierenden-Organisationen, die Humanistische Union, die Deutsche Vereinigung für Datenschutz (DVD) sowie die Gruppe Bürgerrechte & Polizei/CILIP (Berlin) protestieren gegen diese Verschärfung: „Mit der Neuregelung im § 26 HSOG werden die Voraussetzungen für eine Rasterfahndung in einer Form geändert, die in einem demokratischen Rechtsstaat nicht hinzunehmen sind. Innen-, Sicherheits- und allgemein Polizeibehörden werden in der Neufassung des HSOG ermächtigt, eine Rasterfahndung und den damit einhergehenden Grundrechtseingriff auf informationelle Selbstbestimmung ohne richterliche Anordnung und Prüfung durchzuführen. Der Aufweichung von Datenschutz und effektivem Rechtsschutz, wie sie das neue Gesetz vorsehen, werden wir weiter aktiv entgegentreten! Wir unterstützen das Vorgehen des Giessener ASTA und einzelner Studenten, gegen das neue Hessische Sicherheits- und Ordnungsgesetz eine Verfassungsbeschwerde bei den Gerichten einzureichen, sowie Maßnahmen einzuleiten, auf richterlichem Wege die Anordnung per aufschiebender Wirkung vorerst zu stoppen, und damit die Datenweitergabe zu unterbinden.“

www.stud.uni-giessen.de

Stopp TarifNepp – 3. Oktober 2002: Tag der Einheit der Menschen

ERFURT. Mehr als 2.000 BürgerInnen nehmen am 3.10. Informationen unter dem Motto „12 Jahre eine Fahne – 12 Jahre eine Hymne – 12 Jahre und immer noch nicht das gleiche Geld für gleiche Arbeit“ zum Billiglohnsektor in Thüringen, der teilweise staatlicherseits verursacht wird, entgegen. (Bild) Der Versuch des Ordnungsamtes und des Oberbürgermeisters, das Straßenfest des Flüchtlingsrates und anderer Initiativen „Tag der Einheit der Menschen“ zu verdrängen, ist gänzlich gescheitert.

Die hohe Beteiligung der BürgerInnen macht deutlich, dass es den Menschen nicht um die richtige Fahne, sondern darum geht, wie sie in dieser Gesellschaft behandelt werden. Für viele Menschen, ob Deutsche oder MigrantInnen und Flüchtlinge, gibt es keine Einheit, sondern die Mauer, geprägt durch schärfere



Billiglohnentlohnung, Ungleichbehandlung und Diskriminierung, wird immer höher. Die Information der Gewerkschaft ver.di enthielt die Aufforderung, sich an Protesten gegen die Billiglohnförderung durch die Landesregierung zu beteiligen.

<http://hd.verdi-th.de>

Rat darf dem Leasing-Vertrag für die Messehallen nicht zustimmen!

KÖLN. Der Rat der Stadt Köln soll nun schon dem dritten „cross border leasing-Vertrag“ mit einem US-Investor zustimmen. Nach den Kläranlagen und dem Kanalnetz würden nun die Messehallen in ein solches Scheingeschäft eingebracht werden. Die PDS/Offene Liste-Ratsgruppe wird dem nicht zustimmen. Sie warnt davor, dass die Stadt Köln mit dem Risiko allein gelassen werden könnte, falls das Geschäft schief geht. Laut Vertrag bleibt die Köln-Messe dann außen vor. In Aachen ist unlängst so ein Geschäft geplatzt. Der Schaden für die Stadt belief sich auf ca. 10 Mio. Euro. Dazu kommt, dass in den USA diese Steuergeschäfte umstritten und verschiedene Prozesse nicht abgeschlossen sind. In einem solchen Fall, aber auch im Fall einer Änderung der Steuergesetzgebung, trägt die Stadt Köln das Risiko. Außerdem liegen dem Rat nicht die vollständigen Vertragstexte vor.

Lokalberichte Köln

Bettlermarsch der Arbeits- und Obdachlosen am 2. November

HAMBURG. Nach dem Regierungswechsel in Hamburg streicht der neue Senat jeden Cent für soziale Einrichtungen; investiert wird stattdessen in das „saubere“ Image der Stadt. Hamburg hat bundesweit eine der höchsten Obdachlosenquoten. Doch die Präsenz von Armut in der Stadt gilt inzwischen als eine Provokation. Der Senat versucht die Bettler aus der City zu vertreiben. Armut als sozialpolitisches Problem wird verdrängt. Der Bettlermarsch der Bürgerinitiative „Ein Stadtteil steht auf“ wird unterstützt von sozialen Gruppen, ver.di, KünstlerInnen, Persönlichkeiten, Lokalitäten und Einrichtungen. Ab 13 Uhr Dammtor.

www.cafeemitherz.de

kein mensch ist illegal

Projekt „rasthaus“ vorläufig gekippt

FREIBURG, BREISGAU. Der Gemeinderat der Stadt Freiburg hatte am 24.09.2002 über das Projekt „rasthaus“ zu entscheiden. Er hat dies mit der überwiegenden Mehrheit der Gemeinderäte und -räte abgelehnt. Das Projekt ist damit allerdings nicht gescheitert, sondern wird weiter vorangetrieben.

Kurz zur Vorgeschichte: Der „förderverein rasthaus“ hatte – nach seiner Gründung im Rahmen der Initiative „kein mensch ist illegal“ – 1998 einen offiziellen Kaufantrag an die Stadt Freiburg gestellt. Dieser beinhaltete, ein ehemaliges Kasernengebäude zu kaufen, das bis zum August 2002 noch als Abschiebelager für das Land Baden-Württemberg genutzt wurde. Nach der Auflösung dieses Lagers fiel das Gelände (mit insgesamt noch 5 Gebäuden) zurück an die Stadt Freiburg. Die notwendige Verwendung dieser Gebäude stand jetzt auf der Tagesordnung. Das Haus sollte als Herberge und Rastplatz für Menschen gelten, die Aufenthaltsprobleme haben.

Das Gelände, auf dem die ehemaligen Kasernengebäude stehen, wird innerhalb der Stadt und nach außen inzwischen als Modell-Stadtteil dargestellt: eine Mischung aus Eigenheimen, jungen Familien, integriertem Wohnen, Alternativ- und Studentinnen-Siedlung. Das Gelände mit seinen vielen NeubewohnerInnen (fast 50 % Votum für die Grünen) hatte sich für die Einrichtung des „rasthaus“ in „ihrem“ Stadtteil ausgesprochen. Weitere Organisationen wie pax christi, das Friedensforum, terre des hommes, das Di-



akonische Werk, der Kulturrat etc. hatten sich in den letzten Wochen für die Einrichtung einer Anlaufstelle ausgesprochen, bei der keine Fragen nach Aufenthaltsstatus gestellt werden. Die meisten Schritte von „rasthaus“ wurden in den letzten Jahren von ausführlicher Pressearbeit begleitet. Ebenso gab es Berichte zu vergleichbaren Projekten, z.B. in Italien oder Mexico.

Die Stadt Freiburg hatte sich vier Jahre lang verleugnen lassen. Es gab weder eine Rückmeldung auf das Kaufangebot noch eine Möglichkeit zur Besichtigung des Geländes. Das Problem der „Illegalisierten“ sollte wegdefiniert werden; man vermutete es eher in den Großstädten, nicht aber in der Provinz. Man wollte das Problem aussitzen und der Initiative den Atem nehmen. Als der Förderverein vor einem Jahr eine Mini-Version von „rasthaus“ eröffnete, stellte sich heraus, dass die Absicht des Totschweigens wohl nicht aufgehen konnte.

Positiv entwickelte sich unerwartet auch die Kandidatenkür zur Oberbürgermeisterwahl der Stadt im Frühjahr 2002. Es gab niemand unter den drei Kandidaten und der einen Kandidatin, der sich gegen „rasthaus“ aussprach. Auch der Sieger aus dieser Kür, der Grüne Salomon, hatte sich ausdrücklich in der Öffentlichkeit für „rasthaus“ eingesetzt. Die Chancen waren also recht günstig.

Einen Tag nach der Oberbürgermeisterwahl meldete sich allerdings die Aufsichtsbehörde, das Regierungspräsidium

Freiburg zu Wort. Sie erkannten – sollte „rasthaus“ Wirklichkeit werden – die Einrichtung eines „rechtsfreien Raums“, insbesondere auch, da die sie tragenden Initiativen in den letzten Jahren „mit fundamental orientierter Kritik ihren Widerstand gegen die staatliche Flüchtlingspolitik in der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht haben“. Die Stadt würde sich mit einer Zustimmung zum Verkauf des Hauses an die Initiative strafbar machen, polizeiliche Maßnahmen würden „erheblich erschwert“, ein „permanenter Konfliktherd geschaffen“. Die Stadt Freiburg solle diese Aspekte in ihren Entscheidungsprozess einbeziehen.

Folglich erarbeitete die Stadt Freiburg eine Vorlage, in der „rasthaus“ aus (finanziellen und) rechtlichen Erwägungen abgelehnt wurde. Die finanziellen Erwägungen waren recht eigenartig: vom „rasthaus“ lag ein ausreichendes Preisangebot vor. Blieben die rechtlichen „Argumente“. Da die Ansichten der Stadt hierzu recht dürfing waren, es gab zunächst nicht einmal eine rechtliche Darstellung, konnte im Gegenzug z.B. auf die Institution des Kirchenasyls, die Fixerstüben oder die sogen. Babyklappe Bezug genommen werden, mit denen auch rechtliches Neuland betreten wurde. Nicht zuletzt hätte auch die Erkenntnis der Süßmuth-Kommission hilfreich sein können, wenn der Wille zur Änderung bestanden hätte.

Auch der Bezug auf die Deklaration Freiburgs als „Offene Stadt“ hätte der

projekt rasthaus freiburg

Wir möchten dieses Haus kaufen:

als Symbol

- für unseren Willen, allen Flüchtlingen, die in die BRD kommen, Schutz zu gewähren.
- für unseren Widerstand gegen Verhältnisse, in denen Menschen über andere Menschen verfügen können.
- für unseren Widerstand gegen Verhältnisse, die Menschen einteilen in „legale“ und „illegal“.
- für unseren Willen, uns gegen den praktizierten Rassismus zu stellen.

und für die Praxis.

Das kann heißen:

- die Beherbergung von Flüchtlingen und die Vermittlung von anderen Wohnmöglichkeiten.
- die Einrichtung eines Informationsbüros, in dem die bestehenden Asylgruppen gemeinsam Unterstützungsarbeit leisten können.
- die Vermittlung von medizinischer Hilfe, da die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen nicht mehr gewährleistet ist.
- die Einrichtung eines selbstorganisierten Cafés mit Küche, in welchem Flüchtlinge die Möglichkeit haben, ihren kulturellen und individuellen Gewohnheiten entsprechend zu kochen und zu essen.

- die Einrichtung von kostenlosen Deutschkursen, die das bestehende, jedoch keineswegs ausreichende Angebot in Freiburg ergänzen.

Vor allem aber soll in dem Haus Platz für Ideen sein, welche die Flüchtlinge mit nach Freiburg bringen. Das rasthaus freiburg könnte dies sein: Ein Ort, an dem Geflüchtete sich ausruhen können und an dem sie auf Menschen treffen, die ihnen ihr Bleiberecht nicht absprechen wollen.

Auszug aus dem Kaufantrag des Mietshäuser Syndikats für Haus 49 auf dem Vaubangelände vom 23. April 1998.

www.mutation.de/downtown/x_suednikat/rasthaus1.html

Stadt gut anstehen können. Seit zwei Jahren tritt die Stadt gegen „Fremdenhass und Rassenwahn“ ein und hat damit vor einer Woche erfolgreich Front gemacht gegen eine NPD-Demonstration mit mehr als 15 000 Leuten auf der Straße.

In der Debatte im Gemeinderat am 24.9.02 war von derartigen guten Beschlüssen aber keine Rede mehr. Allenfalls eine Minderheit erkannte, dass dem Problem nicht mit rechtlichen Kommentaren und leeren Worten beizukommen ist. Eine „große Koalition“ aus der Mehrheit der Grünen, der SPD und CDU war sich einig, dass die Stadt sich bereits mit dem Verkauf des Hauses an „rasthaus“ strafbar machen würde (§§ 76, 92 a). Im übrigen fürchtet man das Einschreiten der Landesbehörde.



Letztlich waren fünf Gemeinderäte für „rasthaus“, vier enthielten sich der Stimme, 36 waren dagegen. Die Konsequenz: der Kaufantrag verschwindet im Reißwolf, das Haus wird nunmehr abgerissen. Die anderen vier Gebäude (s.o.) wurden in der gleichen Sitzung mit sehr strikten Bedingungen an soziale Initiativen vergeben; dazu gehören Sozialwohnungen, Jugendzentrum resp. Kindergarten.

Die Initiative „rasthaus“ konnte sich dieses Ergebnis lange vorher ausrechnen. Trotzdem war die öffentliche Thematisierung in dieser Richtung ein notwendiger Schritt, um die Sensibilität für das Problem auf der regionalen Ebene deutlicher zu machen. Geplant sind nun ein öffentliches Hearing, welches Teile der Grünen mit einem Teil der Wohlfahrtsverbände veranstalten wollen. Die Stadt Freiburg soll einen Bericht zur Lage der „Illegalen“ abgeben (den sie aus eigener Unkenntnis vermutlich nicht beisteuern kann), im Rahmen ihres Berichts zur Lage der Flüchtlinge (für den Oktober geplant). „rasthaus“ wird sich auf dem Immobilienmarkt umschauen, damit die Stadt ihr eigenes oder von der Landesbehörde definiertes „rechtliche Problem“ nicht als Sperre aufrecht erhalten kann.

*Stattzeitung für Südbaden im Internet,
30.09.02: www.stattweb.de*

Stimmen für das Ausländerwahlrecht:

551 MigrantInnen beteiligten sich am Wahlsonntag in Freiburg an der Aktion „Wahlkreis 100 Prozent“

FREIBURG. Ungewöhnlich die Wahllokale, ungewöhnlich der Empfang. Mit Prosecoco wurden die WählerInnen im „italienischen“ Wahllokal empfangen, indischen Tee gab's in der Ausländerinitiative Südwind, zuckersüße Brownies in der Studentensiedlung – so machte Wählen Spaß. Parallel zur Bundestagswahl fand am Wahlsonntag in Freiburg auch ein Urnengang für nichtdeutsche Einwohner statt. Für die 551 MigrantInnen und Flüchtlinge, die am 22. September dem Aufruf der Initiative für das Ausländerwahlrecht in Freiburg im Breisgau gefolgt sind und sich an der Aktion „Wahlkreis 100 Prozent“ beteiligt haben, war es das erste Mal, dass sie bei einer Bundestagswahl mitwirken konnten – wenn auch nur symbolisch.

„Das Recht zur Teilnahme an einer allgemeinen und freien Wahl ist das wesentliche Prinzip eines demokratischen Staatsystems, das kommunale Wahlrecht für EU-Ausländer reicht uns nicht aus“, erläuterte Clemens Hauser, Sprecher der Initiative. „Wir sehen in der Einführung des Ausländerwahlrechts auf Landes- und Bundesebene ein echtes Integrationsangebot, sie ist ein Ausdruck gesellschaftlicher und politischer Gleichberechtigung.“ Unterstützung erhielt die Initiative vom Freiburger Ausländerbeirat, der „Stiftung Mitarbeit“ in Bonn, die 500 Euro zur Verfügung gestellt hat, und von der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge, PRO ASYL, die 350 Euro spendete.

In den neun alternativen Wahllokalen, die die Initiative eingerichtet hatte, wurde mehrheitlich rot gewählt. Klarer Sieger wurde die SPD, die 62,8 Prozent der Erst- und 54,1 Prozent der Zweitstimmen erhielt. Die Grünen kamen mit 16,3 bzw. 20,3 Prozent auf Platz 2, die PDS mit 11,6 bzw. 15,4 Prozent auf Rang 3. In der Wählergunst der MigrantInnen ganz unten

landete die CDU, die mit knapp 6,7 Prozent nur knapp die Fünf-Prozent-Hürde übersprang. Besonders hoch war die Wahlbeteiligung in den Flüchtlings- und Studentenwohnheimen, wo eine mobile Wahlurne im Einsatz war, sowie in den Wahllokalen von ACLI und des Mesopotamischen Zentrums. Mehr als 40 freiwillige HelferInnen ermöglichten einen reibungslosen Ablauf der bundesweit einzigartigen Aktion, die abends in der Spanischen Begegnungsstätte gefeiert wurde.

Die Initiative zeigte sich mit einer Resonanz von knapp 4 Prozent der ausländischen, wahlberechtigten Bevölkerung zufrieden. – Die Beteiligung von 551 Freiburgern und Freiburgerinnen ohne deutschen Pass an einer rein symbolischen Wahl ist ein deutliches Zeichen, dass das Thema Ausländerwahlrecht auf die politische Tagesordnung gehört“, sagte Clemens Hauser. Während bei der Wahl des Ausländerbeirats im Jahr 2000, bei der jeder Wahlberechtigte mit eigenem Anschreiben informiert wurde, rund 1500 MigrantInnen zur Wahl gegangen seien, habe man mit erheblich weniger Aufwand ein knappes Drittel dieser Zahl mobilisieren können. „Viele WählerInnen haben bei der Stimmabgabe die Aktion ausdrücklich gelobt und damit unterstrichen, wie wichtig ihnen politische Mitbestimmung in Deutschland ist“, sagte Hauser.

Die Initiative hofft nun auf Resonanz in anderen Regionen und will in Freiburg weiterhin aktiv bleiben, unter anderem mit einer öffentlichen Stimmzettelübergabe an die Freiburger Bundestagsabgeordneten Gernot Erler (SPD) und Kerstin Andreae (Grüne) und einer Podiumsdiskussion. Interessierte können sich an folgende E-Mail-Adresse wenden: wahlkreis100@aol.com

Martin Höxtermann



Am 28.9.02 fand in München eine Demonstration unter dem Motto „Jetzt reichts, bezahlbarer Wohnraum für alle“ statt. Die eher geringe Teilnehmerzahl von ca. 100 Demonstranten war durch ein enormes Potenzial an Kreativität keineswegs enttäuschend. Im Anschluss an die Demo gabs noch einen Campingplatz auf dem Marienplatz

Infos bei subart.info



Wohnheimbau allein reicht nicht Studierende fordern massive Wohnungsbauprojekte

In der Erklärung von fzs – freier Zusammenschluss von studentInnen-schaften – heißt es: „Die Wohnungsnot in westdeutschen Ballungsräumen spitzt sich derzeit dramatisch zu. Zu Semesterbeginn haben Tausende von Studierenden noch keine Wohnung gefunden. Der private Wohnungsmarkt ist in westdeutschen Großstädten wie leergefegt. Betroffen sind nicht nur Studierende, sondern die ganze Bevölkerung. Der studentische Dachverband fzs fordert daher ein Sonderprogramm des Bundes für öffentlichen Wohnungsbau in Ballungsräumen.“

Ziel ist die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für alle. In den Ballungsräumen München, Stuttgart, Rhein/Main u.a. wird die Situation von Jahr zu Jahr dramatischer. Nicht nur Studierende, sondern auch Familien, Singles, Alleinerziehende, finden keine Wohnungen. Eine Lösung des Wohnraumproblems für Studierende kann daher nur durch Entspannung der kommunalen Wohnungsmärkte erreicht werden.

Insbesondere ausländische Studierende sind von der Wohnungsnot betroffen. Die Zahl ausländischer Studierender steigt derzeit durch das öffentlich geförderte „Internationale Hochschulmarketing“ rapide an. Die sozialen Voraussetzungen für eine Erhöhung der AusländerInnenquote, wie z.B. ausreichender Wohnraum, wurden

bei Programmbeginn vernachlässigt, die voraussehbaren Probleme bewusst ignoriert. Seit dem 11. September haben viele ausländische Studierende Probleme, privat ein Zimmer zu finden. Öffentliche Wohnraumschaffung muss daher die Bedürfnisse ausländischer Studierender besonders berücksichtigen.

„Bund und Länder müssen durch ein Milliarden-Sonderprogramm öffentlichen Wohnraum schaffen. Nur 14% der Studierenden wohnen in Wohnheimen. Studierendensiedlungen und Wohnheime fernab der Städte führen zu Isolation der Studierenden. Daher wird Wohnheimbau allein das Problem nicht lösen. Studentinnen und Studenten wollen Teil des Stadtlebens sein,“ so Heiner Fechner vom Vorstand des studentischen Dachverbandes fzs. „Wir brauchen hier auch Spielräume in den öffentlichen Haushalten. Daher unterstützen wir Ideen wie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.“

Die Studierenden protestieren bereits in vielen Städten gegen die wachsende Wohnungsnot. Viele Erstsemester sowie insbesondere ausländische Studierende, kommen derzeit nur in Notlagern unter, die von Studierendenvertretungen und Studentenwerken bereitgestellt werden. Der fzs prüft daher derzeit die Möglichkeit einer bundesweiten Kampagne.“

30.09.02 – www.fzs-online.org

Aktion und Demo

Studentischer Protest gegen Wohnungsnot

Am letzten Samstag wurde erneut der studentische Protest gegen die Wohnungsnot in München in einer kleinen Demonstration und Kundgebung zum Ausdruck gebracht. Auftakt war am Geschwister-Scholl-Platz. In dem Flugblatt zu dieser Aktion wird auf die allgemeine Wohnungssituation in München hingewiesen und eine vorherrschende Politik kritisiert, die zu Lasten der Armen geht und eine elitäre Auswahl der Bevölkerung vorantreibt. (dil)

Dokumentiert: Jetzt reicht's

Seit einigen Jahren steht München an der Spitze der deutschen Mietpreise. Nirgends im bundesdeutschen Vergleich sind die Preise so hoch wie hier. Vielleicht mag das die gutverdienenden Bürger der Stadt, die es ja zu genüge gibt, nicht stören, aber trotz allem Wohlstand besteht München nicht nur aus Wohlhabenden.

München hat auch einen Ruf als Studentenstadt und verkauft sich gerne als „Weltstadt mit Herz“ allerdings scheint sich das Herz nur auf diejenigen zu beschränken, die sich die Stadt auch leisten können, allen anderen wird die kalte Schulter gezeigt.

Schon seit Jahren kann man die explodierenden Mietpreise beobachten. Auch für unsere Stadtväter kann diese Entwicklung nicht im Verborgenen geblieben sein. Allerdings ist keine Anstrengung um neue Wohnungen spürbar, zumindest nicht in dem Maße, wie z.B. Anstrengungen für ein neues Stadion unternommen werden.

Wir fordern von den Regierenden, nicht nur in Prestigeobjekte, sondern auch in ihre Bürger zu investieren. München kann einen noch so großen Zugewinn an Arbeitsplätze verbuchen. Auch Arbeitsplätze sind unwichtig, wenn die Arbeiter nicht mehr in die Stadt kommen, weil sie keine Wohnung finden. Die Prioritäten in München müssen sich verändern. Menschen müssen wichtiger sein als Profite. Es kann nicht angehen, dass Bebauungspläne wie auf dem alten Messegelände geduldet werden, wo 90% gewerbliche Räume auf 10% Wohnräume kommen. Diese Politik geht vor allem zu Lasten der sozial Schwachen, Familien mit Kindern und jungen Leuten in der Stadt. Es ist nicht hinnehmbar, dass in München über die Miete eine elitäre Auswahl der Bevölkerung vorangetrieben wird, junge Familien quasi der Stadt verwiesen werden, und die Politik dem Treiben mit der Geduld des Gleichgültigen zusieht.

Wir fordern deshalb einen Politikwechsel, wir fordern die Schaffung von Wohnraum, statt von Stadien und Gewerberäumen. Genug Wohnraum ist eine Grundvoraussetzung für Zufriedenheit und für sozialen Frieden

Die Arbeitsgemeinschaft Betriebs- und Wohngenossenschaft in Wilhelmsburg (Ge-Wi) lädt alle Interessierten zu einem Treffen ein, und zwar in die Honigfabrik (Industriestr. 125, 21101 Hamburg) am **15. Oktober 2002** um 17. Uhr zu einem Stadtteilrundgang am Veringkanal und um 19 Uhr zu einem Informationstreffen über die Idee, Arbeiten und Wohnen miteinander zu verbinden.

Es ist richtig: Wilhelmsburg hat einen schlechten Ruf. Hier hat die Schill-Partei z.T. über 40% der abgegebenen Stimmen bekommen (würden die EinwanderInnen wahlberechtigt sein, wären es „nur“ 8-10%). Hier sind Unglücke und Verbrechen passiert – die entsetzlich sind, aber auch woanders passieren, ohne dass damit ein gesamter Stadtteil in Verruf gerät. Wer jedoch einmal durch das Reiherstiegtviertel gegangen ist und an einem der vielen Wassermärsche gesessen hat, wer in einer der preiswerten Kneipen etwas gegessen oder getrunken hat, die oder der wird diesen Stadtteil mit anderen Augen sehen. Lebendige Straßen wechseln ab mit ruhigen Wohngegenden – ein in Deutschland einmaliges Erholungsgebiet ist nur wenige Fahrradminuten entfernt. Wilhelmsburg ist dabei, ein eigenes Profil zu gewinnen, das anders als die neue Hafencity im Norden und anders als das neue Zentrum Harburgs im Süden ist. Wie es aussehen wird, wird ganz entscheidend von weiteren EinwanderInnen abhängen, egal ob sie aus Istanbul, Dubrovnik, Accra, Eimsbüttel oder Altona kommen. Hier wird nicht in Multi-Kultur gemacht, sondern Respekt und Interesse aneinander fördern ein Zusammenleben, das sich am gemeinsame Interesse der Weiterentwicklung der einmaligen Insellage Wilhelmsburgs orientiert.

Wir über uns: Wir sind eine kleine Gruppe von Leuten, die an Wilhelmsburg interessiert sind. Die meisten von uns wohnen nicht in Wilhelmsburg, haben aber berufliche oder fachlich-politische Bezüge zu dieser „vergessenen“ Elbinsel im Herzen Hamburgs. Die persönlichen Motive, an diesem Projekt mitzuarbeiten, sind so unterschiedlich und vielfältig wie wir selbst. Was uns verbindet, ist das Interesse an einem so weit wie möglich selbst bestimmten Wohnen, an einer Nachbarschaft, die wesentliche Dinge des Alltags selbst in die Hand nimmt und das Interesse, in möglichst großer Unabhängigkeit von Bauherren, Banken und den Problemen isolierter Wohneigentums unser Älterwerden gestalten. Dazu suchen wir einen Platz in den urbanen Teilen Wilhelmsburgs mit unmittelbarem Zugang zum Wasser. Da wir noch viel mehr werden wollen, hoffen wir, Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft für diese Idee zu begeistern, und fordern alle auf, die sich angesprochen fühlen, mit uns Kontakt aufzunehmen.

Kontaktadresse: Timm Kunstrich, Bellealliancestr. 66, 20259 Hamburg; e-Mail: timmkunstrich@aol.com

Protest gegen Kommunalhaushalt:

FRANKFURT A. M. Rund 100 GewerkschafterInnen protestierten während der Stadtverordnetenversammlung am 26. September auf dem Römer gegen die Haushaltspolitik des Magistrats. Nach den Sparmaßnahmen des hessischen Innenministers drohen den Bürgern Erhöhungen der Gebühren für Kindertagesstätten, der Müllgebühren, Schließungen von Stadtteilzentren der Volkshochschule, von Stadtbibliotheken und Bädern, Kürzungen der Zuschüsse für die Bürgerhäuser und den Zoo. Den Beschäftigten der Stadtverwaltung drohen drastische Einsparungen bei den Personalkosten, Ämterzusammenlegungen und -schließungen, weitere Privatisierungen, infolge Nichtbesetzung frei werdender Stellen weitere Arbeitsverdichtung. Betriebsbedingte Kündigungen könnten zukünftig nicht mehr ausgeschlossen sein.

Frankfurter Info

meindefinanzen allein wird aber nicht ausreichen. Die Städte brauchen auch dringend Soforthilfen. Wir fordern ein Investitionsprogramm des Bundes für die Kommunen, damit wir in den Städten zum Beispiel Schulen und Straßen sanieren können. Außerdem muss dringend der steigende Anteil von Bund und Ländern an der Gewerbesteuer gesenkt werden“, sagte Frau Roth. Die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zugunsten von Bund und Ländern müsste zurückgenommen werden. Das würde den Kommunen allein für 2002 etwa 1,5 Milliarden und für 2004 sogar 2,5 Milliarden Euro verschaffen. Außerdem müsste das sogenannte Konnexitätsprinzip nach dem Motto „Wer bestellt, bezahlt“ ins Grundgesetz aufgenommen werden. Ferner müssten die Städte unbedingt bei ihren Ausgaben entlastet werden, vor allem bei der Sozialhilfe.

www.staedtetag.de

Haushaltsskürzungen:

HAMBURG. Der im September eingebaute Haushalt, der im Dezember in zweiter Lesung beschlossen werden soll, enthält zahlreiche Streichungen. Am stärksten ist das Sozialressort mit 50 Mio. Euro betroffen: 8,6 Mio. sollen bei der Betreuung von Flüchtlingen, 19,8 Mio. bei der Sozialhilfe eingespart werden. Die Arbeitszeit der Beamten wird auf 40 Stunden erhöht, das Essensgeld für den Mittleren Dienst gestrichen, Ämterzusammenlegungen und Privatisierungen öffentlichen Eigentums sollen weitergehen. 12,8 Mio. sollen im Bildungshaushalt eingespart werden, 5 % bei den Hauptschulen und 7,7 % bei den Gesamtschulen. Die Etats der Jugendberufshilfe sollen halbiert werden, Projekte zur Integration von jugendlichen MigrantInnen drohen bald gänzlich der Vergangenheit anzugehören. Städtische Wohnungen sollen weiter privatisiert werden, und den Sozialmietern wird durch eine Zins erhöhung bei der Wohnungsbaukreditanstalt die Miete erhöht.

Lokalberichte Hamburg

Gemeindefinanzen stärken: HEILBRONN. Eine verlässliche und angemessene Finanzausstattung der Städte sowie Reformen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik: Das sind die beiden wichtigsten Forderungen der Städte an den neu gewählten Bundestag und die neue Bundesregierung. Das Präsidium des Deutschen Städttetages hat am 25. September 2002 in Heilbronn einen entsprechenden „Appell der Städte“ geschlossen.

Zentrales Element der Reform müsste eine modernisierte Gewerbesteuer sein, bei der auch die Großbetriebe wieder städtische Aufgaben mit finanzieren, der Kreis der Steuerpflichtigen verbreitert und die Bemessungsgrundlage stabilisiert werden. „Eine Reform der Ge-

Dramatischer Steuereinbruch bei Städten und Gemeinden: BERLIN. Nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes verzeichnen Bund, Länder und Gemeinden im ersten Halbjahr dieses Jahres einen weiteren Rückgang ihrer Steuereinnahmen um 6,1 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2001. Die Städte und Gemeinden mussten erneut überdurchschnittliche Verluste hinnehmen, während der Bund sich über einen Bundesbankgewinn freuen konnte, der 2,8 Mrd. Euro über dem Gewinn des Vorjahreszeitraums lag. „Dringlich wären jetzt Investitionshilfen des Bundes und die Senkung der Gewerbesteuerumlage, mit der Bund und Länder sich am Geld der Gemeinden bedienen. Nur so lassen sich der alarmierende Investitionsrückstand und der weitere Arbeitsplatzverfall vor Ort abwenden“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg.

Vor allem bei den im letzten Jahr um 11,5 Prozent eingebrochenen Gewerbesteuereinnahmen setzt sich der Rückgang mit zweistelligen Prozentsätzen fort. Insgesamt erhöhten sich die Ausgaben für Sozialleistungen im ersten Halbjahr um 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Vor dem Hintergrund der vorgegebenen Ausgabenzuwächse für Soziales und für Personal (+ 2 Prozent), ist der Anstieg der Gesamtausgaben der Gemeinden mit 1,5 Prozent ein Ergebnis eiserner Haushaltssolidierung, die das Haushaltssrecht bei geringen Einnahmen erzwingt. Städte und Gemeinden können kaum noch ihre Pflichtaufgaben, geschweige denn freiwillige Aufgaben durchführen. Sie sind zudem gezwungen, bei den Investitionsausgaben immer weiter zu kürzen.

www.dstgb.de
Zusammenstellung: ulj

Sachsenbank – Nein Danke

Die sächsische Bürgerinitiative „Pro Kommunale Sparkasse“ tritt für die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Sparkassen in Sachsen ein. Diese sind in Gefahr, weil die Sächsische Staatsregierung alle Sparkassen mit der Landesbank zu einer neuen sächsischen Großbank zusammenschließen will.

Um dieses zu verhindern, hat unsere Initiative in Sachsen zunächst in einem Volksantrag ca. 120.000 und danach in einem Volksbegehren über 550.000 Unterschriften für die Erhaltung unabhängiger Sparkassen gesammelt. Mit diesen Unterschriften haben wir erreicht, dass am 21. Oktober 2001 ein Volksentscheid, über die Zukunft der Sparkassen in Sachsen, durchgeführt wurde(...)

Das Ergebnis des Volksentscheides bestätigte unsere Bemühungen in eindrucksvoller Art und Weise. Bei einer Beteiligung von rund 26% der sächsischen Wählerinnen und Wählern stimmten über 85% für unseren Gesetzentwurf.

Mit der Zusammenfassung der sächsischen Sparkassen und der Sächsischen Landesbank in einen Sachsen-Finanzverband (Sachsenbank) will die Sächsische Staatsregierung eine verbesserte Zusammenarbeit der Sparkassen erreichen. Als Anreiz für die Übertragung ihrer Sparkasse sollen 6 Mio. DM pro 100.000 Einwohner an die sächsischen Oberbürgermeister und Landräte ausgeschüttet werden. Diese Zahlungen würden jedoch die Ertragskraft der Sparkassen deutlich überschreiten, so dass sie schon nach kurzer Zeit finanziell ausgezehrt wären.

Falls Sparkassen dennoch künftig in gleichem Maße wie Privatbanken Gewinne erwirtschaften sollen, müssen sie konsequenterweise auch eine Geschäftspolitik wie die Privatbanken betreiben. Konkret bedeutet dies die Schließung von Geschäftsstellen und somit eine deutliche Verringerung der Servicequalität. Ein flächendeckendes Angebot der Finanzdienstleistungen nach dem gesetzlichen Auftrag ist jedenfalls ausgeschlossen. In dieser Hinsicht zeigen die Großbanken den Weg und schließen seit Jahren Geschäftsstellen in Sachsen. So haben die Großbanken ihr Geschäftsstellennetz in Sachsen von 1996 bis zum Jahresende 2000 von 207 auf 124 Geschäftsstellen fast halbiert – und konzentrieren sich auf die Betreuung vermögender Kunden. Mit einer Umsetzung des gesetzlichen Förderauftrages ist dieses nicht vereinbar.

Die Sachsenbank plant einen ähnlichen Weg und hat sich die Richtlinienkompetenz für alle wesentlichen Entscheidungen gesichert. Diese Entscheidungen werden künftig nicht mehr von dem Verwaltungsrat der örtlichen Spar-

kasse getroffen, sondern vom Finanzverband oder Finanzverbund, so dass es zu zahlreichen Eingriffen in der bislang auf regionaler Ebene getroffenen Entscheidungen kommen wird, um höhere Gewinne zu erreichen.

Die direkte Einflussmöglichkeit der sächsischen Kommunalpolitiker in den Gremien ihrer Sparkassen ist Voraussetzung dafür, dass die Sparkassen ihrem öffentlichen Auftrag verpflichtet bleiben (...) Sparkassen haben weiterhin den Auftrag die mittelständische Wirtschaft, insbesondere Existenzgründer, zu fördern. (...) Privatbanken verfolgen eine äußerst restriktive Kreditpolitik gegenüber klein- und mittelständischen Unternehmen und sind oftmals erst bereit Unternehmen zu finanzieren, sobald diese eine Umsatzgröße von 5 bis 10 Mio. DM überschreiten. Viele Existenzgründer finden nur dann eine finanziierende Hausbank, wenn es sich um Unternehmen aus wachstumsstarken Branchen, wie aktuell der Biotechnologie, handelt.

Es ist zu befürchten, dass die übertragenen Sparkassen diese restriktive Kreditpolitik übernehmen müssen, da die Richtlinien für das Kreditgeschäft künftig vom Finanzverband statt vom eigentlich zuständigen Verwaltungsrat der Sparkasse aufgestellt werden.

Zukünftig muss weiterhin gewährleistet sein, dass die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen eine wichtige Aufgabe der Sparkassen bleibt. Diese Aufgabe ist von großer Bedeutung, da die wirtschaftliche Entwicklung Sachsens besonders von diesen Unternehmen getragen wird. Ein Großteil des Sozialprodukts Sachsens wird von diesen Unternehmen erwirtschaftet. (...) Darüber hinaus haben die Sparkassen, aufgrund Ihrer überdurchschnittlichen Investitionstätigkeit, eine große Bedeutung für die regionale Wirtschaft und leisten einen wichtigen Beitrag für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in den Regionen.

Die Zusammenfassung der Sparkassen zum Sachsenfinanzverbund führt insgesamt gesehen dazu, dass künftig alle wichtigen Entscheidungen nicht mehr vom Vorstand bzw. Verwaltungsrat der örtlichen Sparkasse sondern von den Gremien des Sachsenfinanzverbundes getroffen werden. Durch zentrale Richtlinien wird ein Rahmen vorgegeben, in dem die Sparkassen sich bewegen müssen.

Neben den bereits erwähnten Richtlinien und den ebenso im Gesetzentwurf vorgesehenen „eigentümergeprägten Oberzielen“ verliert jede übertragene Sparkasse ihre Selbstständigkeit. Die Zuständigkeit zur Entlastung des Vorstands und des Verwaltungsrates dieser Spar-

ver.di Sachsen gründet Aktionsbündnis zum Erhalt der regionalen Sparkassen

DRESDEN. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Sachsen hat am 20. September 2002 in Dresden ein Aktionsbündnis für den Erhalt der regionalen Sparkassen ins Leben gerufen. Ziel soll es sein, die Sächsische Staatsregierung zur Umsetzung des letztjährigen Volksentscheides zu veranlassen. ver.di und die Bürgerinitiative „Pro Kommunale Sparkasse“ (PKS) kritisieren den Versuch, durch ein neues Gesetz aus dem bisherigen Sachsen-Finanz-Verband einen Verbund zu machen und damit trotz des Volksentscheides an der Vereinnahmung der sächsischen Sparkassen durch die Staatsregierung festzuhalten.

Hans Wondracek, ver.di-Landesfachbereichsleiter für den Bereich Finanzdienstleistungen: „Das Aktionsbündnis zum Erhalt der regionalen Sparkassen ist ein Schulterschluss zwischen der Bürgerinitiative „Pro Kommunale Sparkasse“, den betroffenen Beschäftigten, Personalräten und ver.di. Unser Ziel ist es, gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln, um die Sparkassen in regionaler Form in Sachsen zu erhalten. Eine unserer ersten Aufgaben wird es sein, die sächsische Bevölkerung über die perfiden Pläne der Staatsregierung zu informieren.“

Nach Auffassung von ver.di Sachsen versucht die Staatsregierung mit fadenscheinigen Argumenten die Demontage des sächsischen Sparkassenwesens voranzutreiben. Gleichzeitig werde der Versuch unternommen, die finanzielle Notlage mancher Kommunen, die durch die entstandenen Schäden der Flutkatastrophe zugenommen hat, auszunutzen, um die verantwortlichen Kommunalpolitiker zu einem Beitritt der jeweiligen Sparkassen in den Sachsen-Finanz-Verbund zu bewegen.

www.proks.de

kassen wird künftig ebenfalls durch die Gremien des Finanzverbandes erfolgen. Weiterhin ist der Finanzverband berechtigt, Beherrschungsverträge auch ohne Zustimmung der betroffenen Sparkasse durchzusetzen. Wie angesichts dieser Einwirkungs- und Entscheidungskompetenzen für den Finanzverbund weiterhin von selbständigen Sparkassen gesprochen werden kann, ist nicht nachvollziehbar.

Auch das Sächsische Verfassungsgericht hat in dem Urteil zur Normenkontrollklage die erheblichen Einwirkungsbefugnisse gegenüber den Sparkassen bestätigt und bekräftigt, dass die Übertragung einer Sparkasse in den damaligen Finanzverband „dem Verlust der Selbstverwaltungsaufgabe (des) eigenverantwortlichen Betreibers der örtlichen Sparkasse gleichkommt“.

Die weitgehenden Kompetenzen des Finanzverbundes führt dazu, dass die Sparkassen nur noch im zentral vorgegebenen Rahmen agieren können und somit

zu Geschäftsstellen dieses Verbandes degradiert werden. Mit der Abhängigkeit von der Sachsenbank verlieren die Sparkassen auch die Nähe zum Kunden und somit ihren wichtigsten Wettbewerbsvorteil gegenüber den Großbanken.

Neben dem eigentlichen Sachthema ist es jedoch von mindestens gleich großer Bedeutung, dass die Bevölkerung in Sachsen erstmals die Möglichkeit hatte, durch den Volksentscheid direkt über ein Gesetz zu bestimmen. Während dieses beispielsweise in der Schweiz zum politischen Alltag gehört, betreten wir nicht

nur in Sachsen sondern in Gesamtdeutschland quasi politisches Neuland. Über den Umgang mit dem nun seit dem 21. Oktober 2001 vorliegenden Ergebnis, kann die Bürgerinitiative „Pro Kommunale Sparkasse“, deren Mitglieder, Unterstützer und Helfer nicht zufrieden sein. Aus heutiger Sicht beurteilen wir die aktuellen Gesetzespläne der Sächsischen Staatsregierung als Missachtung des Wählerwillens und dem Festhalten an den „alten Plänen“ zur Zusammenführung der Sparkassen in Sachsen.

www.proks.de

Initiiert von ver.di Thüringen: BürgerInneninitiative gegen Billiglohn

ERFURT. Mehr als 40 BürgerInnen, darunter auch VertreterInnen der Oppositionsparteien im Thüringer Landtag, folgten am 1.10. der Einladung der Beschäftigten im privaten Dienstleistungssektor, eine BürgerInneninitiative gegen Billiglohn zu bilden. „Das Einkommen im Bewachungsgewerbe, Friseurhandwerk und anderen Branchen läuft auf Beraubung der Lebensgrundlage der Menschen hinaus“, so Angelo Lucifero, bei ver.di Thüringen Fachbereichsleiter für den Bereich Besondere Dienstleistungen. Während seit 1995 die Preise nach offizieller Statistik um 11,7% gestiegen sind, verweigern Arbeitgeberverbände den Beschäftigten im Friseurhandwerk und Bewachungsgewerbe, die seit 1995 nur geringfügige Einkommensverbesserungen hatten, eine Teilhabe daran. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesen Branchen müssen mit Bruttogehältern

von 650 Euro bis 800 Euro auskommen. Eine Annäherung ihrer Einkommen an das Bundesniveau ist nicht in Sicht. Die Tatsache, dass es in diesen Branchen nur wenige Betriebsratsgremien und keine Erfahrungen mit Arbeitskampfmaßnahmen gibt, nutzen die Arbeitgeber, um ihre Billiglohnpolitik durchzusetzen. Am 25. Oktober wird in einem weiteren Treffen eine gewerkschaftsübergreifende Kampagne gegen Billiglohn und Ungleichbehandlung entwickelt. Der Initiative geht es um gewerkschaftliche Aktionen zur Durchsetzung von einem Einkommen zum Auskommen zu unterstützen und um politische Verhältnisse, die von einer Diskriminierung der Erwerbslosen abgehen, für die Förderung von tarifgebundenen Arbeitplätzen und darum, die Courage der Menschen zu stärken, sich gegen asoziale Ausgrenzung zu wehren.

www.verdi.de/thueringen/lbz

Gewerkschaftsinternationale für Gerechtigkeit in Thüringens Bewachungsgewerbe

ERFURT. Seit mehreren Jahren herrscht Stillstand in Thüringens Bewachungsgewerbe: Die Arbeitgeber sperren sich gegen einen Tarifvertrag. Am 26. September wurde die zweite Verhandlungsrounde ergebnislos auf einen Monat später vertagt. Dabei verdienen die Beschäftigten dort um 40 bis 60 Prozent weniger als ihre Kollegen anderswo in Deutschland. Um damit überhaupt leben zu können, sind sie gezwungen, bis zu 240 Stunden im Monat zu arbeiten.

Öffentliche Institutionen wie der Thüringische Landtag sind der wichtigste Auftraggeber für private Sicherheitsdienste in der Region. Druck auf ihn will der Fachbereich 13 (Besondere Dienstleistungen) im ver.di-Landesbezirk Thüringen mit einer Bürgerinitiative entfalten.

Die Gewerkschaftsinternationale UNI, der ver.di angehört, hat eine E-Mail-Aktion an Thüringens Ministerpräsidenten Bernhard Vogel gestartet. Hier deren deutscher Text:

An den Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen, Dr. Bernhard Vogel, Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die UNI, unser weltweiter Gewerkschaftsverband, hat uns informiert über

die außerordentlich niedrigen Löhne in Thüringens Bewachungsgewerbe. Wir mussten erfahren, dass die Beschäftigten dort pro Stunde nur zwischen 4,12 und 7,12 Euro erhalten.

Da niemand in Deutschland mit so geringen Einkünften über die Runden kommen kann, sind viele Beschäftigte gezwungen, bis zu 240 Stunden im Monat zu arbeiten.

Selbst diejenigen, die für die Sicherheit des Landtagsgebäudes sorgen, bekommen nur einen Stundenlohn von 5,81 Euro.

Öffentliche Institutionen – wie Ihre Regierung – sind die größten Auftraggeber des Sicherheitsgewerbes in Thüringen. Sie haben daher auch eine besondere Verantwortung und spielen eine wichtige Rolle, um diesen Beschäftigten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Deshalb bitten wir Sie, Kontakt mit dem Arbeitgeberverband aufzunehmen und ihn zu drängen, einen Tarifvertrag mit unserer Mitgliedsgewerkschaft ver.di abzuschließen, der den Beschäftigten im Bewachungsgewerbe ein Auskommen sichert!

Mit freundlichen Grüßen
www.verdi.de

Hartz-Konzept für BDI-Chef nicht mehr interessant. – FAZ, Samstag, 21.9.2002. – „Inzwischen sind die 13 Module des Herrn Hartz auf Druck der Gewerkschaften so abgespeckt worden, dass ich nicht erkennen kann, weshalb Unternehmer dies als Motivation für die Einstellung neuer Arbeitskräfte verstehen soll“, so M. Rogowski.

Längerer Ladenschluss gegen Konsumflaute. – HB, Samstag/Sonntag, 27./28.9.2002. – Der Hauptverband des deutschen Einzelhandels (HDE) fordert von der Bundesregierung eine sofortige Freigabe der Ladenöffnungszeiten bis 18 Uhr an Samstagen. „Die Konsumzurückhaltung erreicht im September einen neuen Tiefpunkt“, so HDE-Sprecher Pellengahr.

Arbeitgeber stellen Vorbedingungen an Bündnis für Arbeit. Arbeitgeberpräsident D. Hundt kündigte an, er werde in Kürze Vorschläge vorlegen, wie das Bündnis fortgeführt werden könne. Es müsse gesichert sein, dass dort künftig auch über arbeitsmarktrelevante Themen gesprochen werden könne.

Kommission plant Verstetigung der Gewerbesteuer-Einnahmen. – HB, Mittwoch, 2.10.02. – Die Vertreter der Arbeitgeber in der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen befürchten „eine unheilige Allianz von Bund, Ländern und Gemeinden zu Lasten der Unternehmen.“ Das Reform-Modell NRWs, das gerade geprüft wird, sieht z. B. vor, den Anteil der ertragsunabhängigen Komponenten der Gewerbesteuer auszubauen, was die Wirtschaft strikt ablehnt. DIHT und ZDH (Zentralverband des Deutschen Handwerks) übereinstimmend: Die Unternehmen müssten auch in Zeiten schwacher Erträge Gewerbesteuer zahlen. Das würde zu einer Substanzbesteuerung führen.

DIHT begrüßt geplanten Subventionsabbau. – M. Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, plädiert für einen linearen Subventionsabbau „meinetwegen um 10 %“. BDI-Präsident M. Rogowski wies den Vorschlag von Wirtschaftsminister Müller zurück, die Wirtschaft solle selbst vorschlagen, welche Subventionen abgebaut werden sollen.

BDA-Präsident will keine Steuererhöhungen. – D. Hundt forderte, die bereits abgeschlossene Anhebung der Öko-Steuer und Körperschaftssteuer zurückzunehmen. Die Erkenntnis, Steuererhöhungen seien Gift für die Konjunktur, müsste auch für diese Steuern gelten.

Presseauswertung: rst

Die PDS muss ihren Gebrauchswert als linke Partei neben SPD und Grünen nachweisen

Die nachfolgenden Überlegungen sind Teil einer größeren Studie, die Michael Brie, André Brie und Michael Chrapa im Rahmen der Rosa-Luxemburg-Stiftung nach der Wahlniederlage der PDS erarbeitet haben. (Der komplette Text plus allen Anhängen, insgesamt 30 Seiten, ist unter www.rosaluxemburgstiftung.de erhältlich.)

In drei Teilen analysieren die Autoren das soziale und politische Umfeld, in der eine Partei wie die PDS sich umtreibt, und prüfen, ob die PDS in der Vergangenheit den Anforderungen dieses Milieus gerecht wurde, und was zu tun sei, damit die PDS in Zukunft noch eine politische Rolle spielt.

Denn die Lage, so die Autoren, sieht für die PDS schlecht aus:

„Das Wahlergebnis vom 22. September 2002 hat gezeigt, dass die PDS in einer existentiellen Krise ist. Diese Krise hat vor allem zwei tiefere Ursachen:

(1) Nach 1990 hatte die PDS in der Gesellschaft des vereinigten Deutschlands vor allem zwei Funktionen – allgemein die Artikulation und Repräsentation der Ostdeutschen insgesamt im Zusammenhang mit jenen Konflikten, die aus dem gewählten Weg des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik resultierten, sowie im besonderen die Vertretung der staatstragenden Dienstklasse der DDR in diesem Prozess. Die Funktionen hat sie mit beträchtlichem Erfolg erfüllt. Nach 12 Jahren ist dieser Prozess aber abgeschlossen.

Es ist eine spezifisch ostdeutsche Teilgesellschaft innerhalb Deutschlands entstanden, die sich durch eigene Grundzüge auszeichnet und deren Bürgerinnen und Bürger mit eigenen Selbstbewusstsein in Deutschland vertreten sein wollen. Die PDS hat sich auf diese neue Situation noch nicht hinreichend eingestellt und vor allem gegenüber der SPD (Ost) verloren.

(2) Die PDS ist eine Parteigründung aus der Niederlage des Staatssozialismus heraus (anders als die Grünen, die sich aus dem Aufschwung der sozialen Bewegungen heraus bildeten). Die PDS stellt insofern fast etwas Künstliches dar, weil sie immer weniger aus den Potenzialen der DDR schöpfen kann, diese entwertet wurden bzw. jetzt ganz verloren gehen. Ihre Verankerung in der deutschen Gesellschaft ist schwach und auch im Osten erodiert.“

Neben diesen Faktoren hat die Führung der PDS erheblichen Anteil an der krisenhaften Entwicklung:

„Die Führung der PDS ist (a) zerstritten und auch nur unzureichend repräsentativ für eine moderne sozialistische

Partei, (b) kaum zu einer offensiven öffentlichen Politik fähig. (c) Ihre Kommunikation mit der Basis der PDS, mit Sympatisantinnen und Sympathisanten sowie mit Akteuren der sozialen Bewegungen ist gestört bzw. schwach entwickelt. (d) Eine dringend anstehende Parteireform wurde nicht begonnen, die innerparteiliche Situation wurde kein zentraler Gegenstand von Führung. Aus der Führungsschwäche der PDS-Führung, wie sie nach 1994 zu beobachten war, ist eine offene Krise geworden. Die Führung der inneren Prozesse geriet gegenüber dem versuchten Wirken nach außen in einen unhaltbaren Rückstand und Widerspruch, was schließlich auch die öffentliche Ausstrahlung der PDS nachhaltig beeinträchtigte.“

Die Lage sei dramatisch, aber nicht hoffnungslos. In einem abschließenden dritten Teil der Studie werden Schlussfolgerungen gezogen und Lösungsversuche angeboten, die in der nun laufenden Debatte „Wie weiter mit der PDS“ sicher eine Rolle spielen werden. Diesen dritten Teil dokumentieren wir in seiner vollständigen Fassung.

André Brie/Michael Brie/Michael Chrapa

Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland

Grundprobleme der Erneuerung der PDS

3. Strategische Optionen

(1) PDS – Teil des politischen Projekts von SPD/Grüne oder eigenes politisches Projekt?

Die PDS muss wie jede andere Organisation, die im Wettbewerb steht und deren dauerhafte Subventionierung nicht garantiert ist, zweifelsohne eine Strategie wählen, die ihren eigenen Erhalt unter sich verändernden Bedingungen sichert, d.h. gleichzeitig zur Erneuerung der internen Ressourcen beiträgt und der Organisation die notwendigen externen Ressourcen zuführt. In diesem Zusammenhang sind wesentliche Prozesse spätestens nach 1998 verschleppt worden. Die Wahlergebnisse danach wurden trotz dieser Schwäche erzielt und hatten sie verdeckt.

Die PDS wird in den nächsten Jahren den Kampf um ihre Existenz führen. Die SPD wird alles versuchen, die PDS bundespoltisch völlig zu marginalisieren und auch im Osten an den Rand zu

drängen. Vor diesem Hintergrund werden Bündnisvergütungen, Unterstützungssignale usw. bestenfalls als Ausdruck von Schwäche gedeutet werden. Die PDS muss sich u. E. als eigenständiges Projekt mit einem eigenen Gebrauchswert für die Gesellschaft behaupten oder sie wird untergehen.

Um die anstehenden Probleme zu lösen, muss die PDS sich des Handlungsraums versichern, den sie in absehbarer Zeit hat. Bezug auf diesen Handlungsraum der PDS sollen einige Aussagen getroffen werden, die als Vorannahmen gelten: (1) Die PDS bleibt die einzige relativ starke Partei im deutschen Parteiensystem links von Grünen und SPD. Die PDS versucht nicht, das gleiche Feld wie die SPD zu besetzen (sie wird keine zweite SPD). Sie wird keine Partei der politischen Mitte. (2) Die Nachwendezeit ist vorbei. Die Bevölkerung des Ostens der Bundesrepublik hat sich auf die neuen Verhältnisse, kritisch, mit Distanz oft, vor allem mit neuem Selbstbewusstsein, real eingestellt. Der innerdeutsche Ost-West-Widerspruch nimmt damit neue Formen an. Nicht primär die Verlustgefühle der Vergangenheit, sondern eine selbstbewusste kulturelle Unterscheidung prägt zunehmend ein gewisses ostdeutsches „Wir“-Gefühl. Diese Veränderung hat die PDS im Wahlkampf nicht zur Kenntnis genommen und war nicht in der Lage, sie authentisch anzusprechen. (3) Die PDS wird sich auf sozialpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet mit einer weiteren Rechtswende der SPD auseinander zu setzen haben.

Die Annahme 3 soll kurz präzisiert werden: Wenn die PDS sich als „linke Kraft“ in Deutschland weiter profilieren will, dann ist die Frage der Einschätzung der von der SPD getragenen Richtung der Reformen von entscheidender Bedeutung. Prinzipiell sind zwei Möglichkeiten der Deutung gegeben: Zum einen kann angenommen werden, dass es sich dabei um die verantwortliche Gestaltung eines sozialen Kapitalismus handelt. Es handele sich um einen neuen Gesellschaftsvertrag, der mit dem Vorschlag der Hartz-Kommission vorgelegt worden war, um die Schaffung eines neuen Sozialstaats. Damit sei es ein linkes Projekt, auch wenn dessen Verwirklichung fragwürdig wäre. (So die Position von Joachim Bischoff in der Grundsatzkommission der PDS.)

Die andere Annahme wäre, dass es sich um ein Projekt handelt, dass zwar durchaus an einer sozialen und politischen Stabilität interessiert ist, diese aber durch ein Bündnis der ökonomisch-politisch herrschenden Klasse mit aufstiegsfähig-

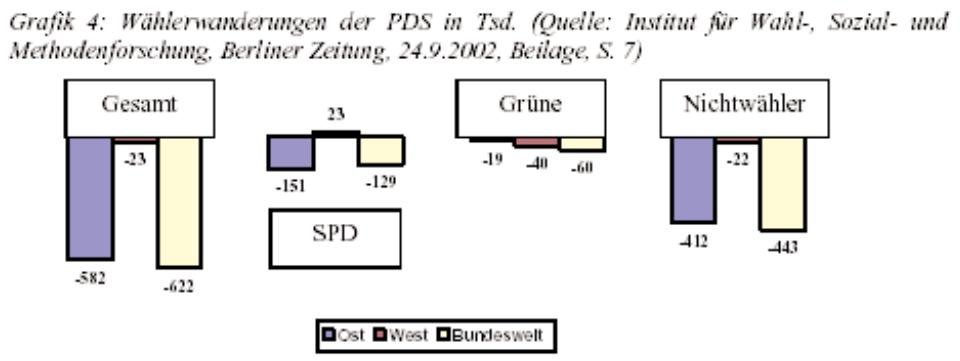
gen Teilen der Mittelschichten auf Kosten der unteren Gruppen der Gesellschaft und bei Zunahme sozialer Polarisierung, Unsicherheit und Druck gewährleisten will. Es handelt sich zwar nicht um einen Neoliberalismus „pur“, aber um einen „Dritten Weg“, der Macht Sicherung unter den gegenwärtigen Bedingungen vor allem durch ein Bündnis mit der Oberschicht für möglich sieht.

Diese Annahme stützen wir auf folgenden analytischen Befund: Die Bush-Administration ist dabei, die Welt in eine neue Rüstungsspirale hineinzuziehen und unter Bruch des Völkerrechts einen Anspruch auf präventive Angriffskriege in eine erdumspannende Militärstrategie einzufügen, die auf die Durchsetzung von US-Herrschafts- und Wirtschaftsinteressen zielt. Eine Destabilisierung des weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Gefüges droht. Krieg soll wieder als taugliches Mittel zur Lösung von Problemen gelten. Der Kosovo-Krieg und der Krieg in Afghanistan unter deutscher Beteiligung waren Teil dieser Entwicklung. In Europa nehmen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zu: Neonazismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sind auch in Deutschland unübersehbar.

Gedämpftes Wirtschaftswachstum, Finanzkrisen, andauernd hohe Massenarbeitslosigkeit, Verschlechterung und Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse, weitere Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse, Umweltkrisen, Vorboten einer möglichen Klimakatastrophe, eine wachsende Kluft zwischen den reichen Industrieländern und der Mehrheit der sogenannten Entwicklungsländer, die für größere Teile der Weltbevölkerung zu einer ausweglosen Situation geführt hat – das sind Merkmale des gegenwärtigen Kapitalismus.

Der von transnationalen Unternehmen, Finanzfonds und Großbanken dominierte Globalisierungsprozess, von der Politik selbst vorangetrieben, führt dazu, dass die Konkurrenz auf den Weltmärkten den Sozialstaat zurückdrängt. Neoliberalen Konzepte haben die kulturell-geistige Hegemonie erobert: soziale Deregulierung, Flexibilisierung der Arbeit, weitere Privatisierung nicht zuletzt öffentlicher Dienstleistungen und Daseinsvorsorge gelten in der Öffentlichkeit verbreitet als unausweichliche Reaktion auf die Weltmarktzwänge. Als unvermeidbar für die Sicherung des Standorts Deutschland und als Bedingung internationaler Wettbewerbsfähigkeit werden die Ausweitung der Niedriglohnarbeit, Rückbau der sozialen Sicherungssysteme, Abbau von Arbeitnehmerrechten und Steuersenkung vor allem für Unternehmen – für die größten zumal – ausgegeben.

Das Gefühl der meisten Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik ist, dass sie in einer ungerechten Gesellschaft le-



ben. Dass es nicht besser wird, sondern dass die Klüfte tiefer werden: zwischen oben und unten, zwischen reich und arm, zwischen Ost und West. Das ist ihre Erfahrung. Aber die Mehrzahl der Deutschen meint zugleich, dass es sich in der Bundesrepublik gut leben lässt. Auch dafür gibt es Erfahrungen. Dazu gehören ein für viele mit Wohlstandsgewinnen verbundenes Niveau der Arbeitsproduktivität, Anforderungen moderner Technologien an Kreativität und Selbstverantwortung eines Teils der Beschäftigten, die Chancen, die trotz der Entsolidarisierungstendenzen in Individualisierungsprozessen stecken, Solidarelemente in sozialen Sicherungssystemen trotz deren Bedrohung, erste Schritte in die Richtung ökologischer Nachhaltigkeit trotz ihrer Begrenztheit, humanistische Werte in Kunst und Kultur trotz aller Kommerzialisierung und ein trotz seiner Defizite entwickeltes Bildungssystem.

Die Grundtendenz der Entwicklung ist bei aller Widersprüchlichkeit die eines wachsenden Drucks auf die Erwerbsabhängigen und Arbeitslosen, der Privatisierung sozialer Risiken, der Erosion der Demokratie und eines wachsenden Gewichts militärischer Gewalt und Gewaltandrohung in den internationalen Beziehungen.

Unabhängig von dieser gegensätzlichen Bewertung gilt zunächst, dass die PDS und andere linke Kräfte gegenüber jedem nur möglichen Projekt drei Anforderungen stellen müssen: (1) verstärkte gleiche Teilhabe auf der Grundlage einer (neuen) sozialen Sicherheit in Auseinandersetzung mit allen Tendenzen sozialer Exklusion, (2) verstärkte demokratische Aktivität und Selbstbestimmung sowie Partizipation gegenüber obrigkeitlichstaatlichen Reformen und wachsender Fremdbestimmung sowie (3) Einsatz für friedliche, partizipativ-demokratische Konfliktlösungen in der Gesellschaft und international anstelle von Gewalt, Krieg und repressiven Formen der Konfliktunterdrückung.

Weiterhin kann man annehmen, dass trotz des Kompromisscharakters von Politik das Projekt von Schröder/Fischer auf jeden Fall wesentliche Elemente enthalten wird, die deutlich rechte Züge tragen. Wichtige Teile der Bürgerinnen und Bürger, Aktivistinnen in Gewerkschaften, sozialen Verbänden und sozialen Be-

wegungen werden sich nicht vertreten fühlen. Das Potenzial, dass für eine deutlich, vertrauenswürdig und kompetent links von SPD und Grünen repräsentierte Politik ansprechbar ist, wird sich erhöhen. Der Konflikt dieser Kreise mit dem herrschenden Kurs wird zunehmen. Die PDS ist in absehbarer Zeit die einzige parteipolitische Kraft, die diesen Konflikt außerhalb von Grünen und SPD artikulieren kann. Sie sollte sich u. E. darauf konzentrieren. Sie hätten dann bundespolitisch einen sehr eigenständigen Gebrauchswert und Zweck.

Die eindeutige Beantwortung der Frage nach der Einschätzung der Politik der SPD ist deshalb von Bedeutung, weil sich daraus die strategische Positionierung der PDS im hohen Maße ergibt. Die Annahme, dass es sich um einen prinzipiell zu stützenden Kurs der SPD handelt, hat die Konsequenz, sich als Regierungspartei in der Reserve und Bündnis- wie Koalitionspartner der SPD zu profilieren. Reformvorschläge werden damit an die jetzt vorhandene Kräftekonstellation gebunden und messen sich daran, durch die SPD gegenwärtig auch akzeptiert werden zu können. Damit sind – entsprechend dem herrschenden Politikverständnis der heutigen SPD – auch elitäre Politikansätze, die Abkopplung von Protestbewegungen, die Glättung sozialer Konflikte verbunden. Die Wiederwahl von Rot/Grün ohne PDS-Unterstützung hat u. E. ein solches Projekt eines strategischen Bündnisses mit der SPD von der absehbaren Tagesordnung genommen. Selbst wenn es ein linkes Projekt wäre, wird die PDS dafür gegenwärtig bundespolitisch nicht gebraucht und die SPD wird aufbauend auf dem Erfolg ihrer Strategie von 2002 diese auch 2006 wiederholen. Die PDS muss sich als eigenständige Kraft profilieren (auch innerhalb von Landeskoalitionen mit der SPD) oder sie wird verschwinden.

Wenn aber angenommen wird, dass die absehbare Politik der SPD starke rechte Züge zeigen wird (vor allem in der sozialen Frage sowie in einem obrigkeitlich-elitären Politikstil), dann stellen sich die Herausforderungen und Chancen der PDS anders dar. Sie kann dann zu einem wichtigen Akteur der politischen Artikulation und Repräsentation von sozialen und demokratisch-partizipativen Anliegen werden, kann versu-

chen, alternative Projekte und Politikstile zu fördern und zu pflegen sowie sozialen Protest gegen eine weitere Rechtswende in sozialen Belangen demokratisch stärken. Dies muss einhergehen mit der Entwicklung von alternativen Ansätzen in offenen Netzwerken gemeinsam mit GewerkschaftlerInnen, sozialen Bewegungen, sozialen Verbänden usw. Diese Vorannahmen liegen auch den Vorschlägen zur neuen Programmatik der PDS zugrunde, die ein dezidiert sozialisches Profil als Leitorientierung feststellt.

Die PDS wird sich eindeutig entscheiden müssen, auf welche Deutung der Situation sie sich einigt und auf welches strategisches Projekt sie sich fokussiert. Die Ambivalenz der letzten Jahre hat Vertrauenswürdigkeit in jede nur mögliche Richtung gekostet, Unsicherheit über das Verhalten der PDS hervorgebracht, konkurrierende und sich wechselseitig blockierende Gruppierungen haben gegeneinander agiert und die PDS als Ganzes demontiert. Dieser Zustand kann nur bei Strafe der Selbstzerstörung fortgesetzt werden.

(2) Die PDS als gestaltende Oppositiokraft – Grundmerkmale einer modernen sozialistischen Partei in Deutschland

Die Autoren dieser Analyse empfehlen der PDS, mit sehr langfristiger Perspektive den Weg einer gestaltenden Oppositiokraft zu beschreiten und ihr Hauptziel in einem Beitrag zur Veränderung von geistigen und politischen Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft, der Schaffung von Voraussetzungen für eine deutliche Linkswende zu sehen. (Eine solche Formulierung sollte u. E. den Formelkompromiss der letzten Jahre ablösen, der die Möglichkeit eines äußerlichen Nebeneinanders von PDS als gesellschaftlicher Oppositiokraft und parlamentarischer Normalpartei ohne eigenständigem Profil suggerierte. 1995 hieß es in einem Antrag für den Bundesparteitag der PDS, eingereicht von Lothar Bisky, Gregor Gysi und Hans Modrow: „Wer eine Gesellschaft wirklich verändern will, weil er zu den herrschenden Verhältnissen in Opposition steht, muss sich in die Gesellschaft hineinbegeben.“)

Für die PDS bedeutet dies, an allen fortschrittlichen außerparlamentarischen Bewegungen teilzuhaben und zugleich um breite parlamentarische Möglichkeiten zu ringen. Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositiokrrolle, in eine Situation der Tolerierung einer Regierung oder in eine Koalitionsrolle begibt, berührt nicht das prinzipielle Oppositiionsverständnis der PDS.“) Unter den gegebenen Bedingungen kann gestaltende Oppositiokraft nur bedeuten, radikaldemokratische Positionen in allen Bereichen der Gesellschaft zur Geltung zu bringen. Die Gestaltungsmacht sollte vor allem im Hinblick auf die Formierung alternativer Ansätze, das Erpro-

ben von konkreten Wegen zu mehr sozialer Gerechtigkeit auf kommunaler und regionaler Ebene, die Förderung breiter alternativer gesellschaftlicher Koalitionen, die Herausbildung einer kritischen Gegenöffentlichkeit, die Stärkung von Protestfähigkeit und realer Partizipation entwickelt werden. Dadurch wäre der wichtigste eigenständige Gebrauchswert der PDS zu bestimmen. Dies schließt Regierungsbeteiligung (auch perspektivisch auf der Bundesebene) nicht prinzipiell aus, ordnet sie aber der gesellschaftlichen Opposition gegenüber dem Neoliberalismus in seinen verschiedenen Spielarten unter. Die PDS muss in parlamentarischer Oppositiok- bzw. Regierungsverantwortung den Text auf ihre Praxistauglichkeit bestehen, kann nachweisen, was mit ihr anders ist als ohne sie. Sie muss sich auch der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen parlamentarischen Wirkens stellen, ohne deshalb in die Falle einer antiparlamentarischen Position zu gehen.

Es wäre ein Ansatz, der Aktivität, Selbstbestimmung und demokratischer Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen sucht und nicht bestrebt ist, politische Ziele vor allem dadurch zu erreichen, indem für „unsere Menschen“ besser verwaltet wird. Es ist ein Ansatz der Aktivierung der politischen Gesellschaft anstelle ihrer Verwaltung, der Veränderung von unten anstelle der Verordnung von oben und der Selbstorganisation anstelle der Bevormundung.

Dies schließt Regierungskoalitionen auf Länderebene nicht aus, ordnet sie aber diesem Ziel unter und betont damit die strategische Eigenständigkeit der PDS. Die PDS würde sich als Partei des sozialen und demokratischen Engagements für Gerechtigkeit und Selbstverstärkigung der Bürgerinnen und Bürger sowie friedlicher Konfliktlösung profilieren. Es wäre ein Ansatz, der es erlaubt, eigene Vorstellungen zur Zukunft jenseits einer neoliberalen Globalisierungskonzeption gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen mit höherer Wirkksamkeit und Akzeptanz auf die Tagesordnung zu stellen. Dies schließt Berührungspunkte mit der SPD und den Grünen ein, aber ausgehend von einem eigenen Ansatz. Ein solcher Ansatz zielt darauf, in Gesamtdeutschland schrittweise das vorhandene Potenzial linker Bürgerinnen und Bürger für die PDS zu gewinnen und in Ostdeutschland die Hege monie links von der Mitte in der ganzen Breite zurückzugewinnen und auch Teile derer, die sich der politischen Mitte zuordnen und zugleich stark Werte von Solidarität, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung betonen, wieder zu gewinnen.

Das skizzierte Projekt PDS wäre seinem sozialen Inhalt nach der Kampf um die Herausbildung einer Mitte-Unterkoalition, ein Bündnis der sozialen Mitte der Gesellschaft und derer, die von Exklusion betroffen sind. Ziele sind soziale Gerechtigkeit, Inklusion, soziale Sicher-

heit als Bedingung wachsender Selbstbestimmung und Freiheit. Grundzug ist Solidarität.

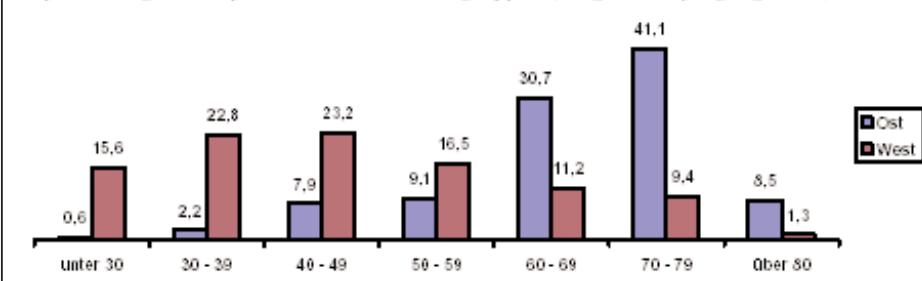
Kulturell wäre es ein Projekt der Stärkung solidarischer Gesellschaftlichkeit, des Vorrangs öffentlicher Güter als Bedingung von Freiheit, Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit sowie der Partizipation. Politisch würde ein solches Projekt auf einen Kurs der Demokratisierung zielen und davon ausgehend langfristig die Schaffung der Voraussetzungen einer breiten Mitte-Links-Koalition anstreben. Der politische und der kulturelle Fokus dieses Projektes ist der Widerstand gegen den Neoliberalismus und die Entwicklung eines entsprechenden breiten solidarischen Bündnisses. Es muss zu einem Projekt im Alltag und für den Alltag werden.

Dazu muss die PDS sich auf wenige zentrale eigenständige Projekte und Themenfelder konzentrieren, ihre Verankerung in der Gesellschaft, insbesondere in Verbänden, Initiativen und Bewegungen erhöhen und selbst Elemente einer sozialen Bewegung wieder stärker entfalten, die Fähigkeit zu öffentlichen politischen Kampagnen und der Mobilisierung des Interesses und Engagements von breiten Bevölkerungsgruppen neu herausbilden, lernen, aus Regierungsverantwortung alternative Ansätze zu praktizieren.

In diesem Prozess müssen sich die Konturen eines modernen sozialistischen Projekts als einer alternativen Weise, Politik praktisch zu machen, herausbilden. Wie Dietmar Wittich (23.9.02) schrieb: „Aber die Niederlage (vom 22.09.02) ist vor allem hausgemacht. Warum haben Gysis Fehler und Gysis Rücktritt derartige Wirkungen? Zum einen stand Gregor Gysi als Person in der Tat für viele für einen anderen Typ von Politiker. Wenn es sich dann aber so darstellt, als würden sich Menschen wie er nicht anders in Fragen Macht und Privilegien verhalten, wie die anderen auch, dann betrifft es die Möglichkeiten von Alternativen überhaupt. Aber – und das ist wohl entscheidend – Gregor Gysi war nicht nur das Symbol seiner selbst, er war mangels inhaltlicher Auffüllung dessen, wofür PDS heute positiv steht, zugleich als Person das Symbol für ein modernes sozialistisches Projekt. Und das ist nicht das Problem Gysi, das ist das Problem der PDS, hier liegt das eigentliche und zentrale Problem: Es ist in den letzten Jahren nicht gelungen, der Öffentlichkeit zu vermitteln, worin das Markenzeichen moderner sozialistischer Politik besteht.“

Die Entwicklung eines solchen Projekts muss damit verbunden werden, wieder eine Politik zu machen, die vom Alltag ausgeht, offen und leidenschaftlich Probleme anspricht, Nutznießer der Umverteilung von unten nach oben deutlich benennt und öffentlich um Lösungen kämpft, eine Politik, die die Empfindungen von Menschen bezogen auf Ungerechtigkeiten, Fremdbestimmung, Unsi-

Grafik 1: Mitgliedschaft der PDS nach Altersgruppen (Mitgliederbefragung, S. 26)



cherheit und Gefährdung ernst nimmt, auf linke Weise populär ist (was genau kein Populismus ist), sich der Organisation von Betroffenen und Ausgegrenzten widmet, Mehrheiten für ein Bündnis zwischen der Mitte und dem Unten der Gesellschaft zu gewinnen sucht. Sie muss deutlich machen, dass politische Verantwortung sich nicht in parlamentarischer oder Regierungsarbeit erschöpft, sondern in erster Linie im aktiven tagtäglichen Eingreifen in gesellschaftliche Auseinandersetzung, im Engagement jedes einzelnen Menschen liegt.

Die PDS muss vorhandene Problem- und Frustrationspotenziale auf linke Weise artikulieren. Sie kann es auch, weil viele, die in deutlicher Distanz zu Tendenzen sozialer Ungerechtigkeit und Elitenherrschaft stehen, zugleich der PDS relativ gute Werte zuschreiben. (Wie Bernd Rump mit Blick auf die Wahlen schreibt: „Das politische Grundanliegen der ‚sozialen Gerechtigkeit‘ bedarf der Ergänzung der ‚Selbstbestimmtheit‘. Freiheit ist Voraussetzung von Gerechtigkeit; es geht um die Ermächtigung der Schwachen... Subversivität muss einen neuen Klang bekommen... Von unten her herangehen. Ein Potential bis in die Mitte herauf erschließen.“)

Sie muss zukunftsorientierte Visionen entwickeln, die machbar sind (gerecht, attraktiv, demokratisch, finanziert, funktional) – unter veränderten Kräfteverhältnissen. Die PDS kann dabei (noch) an wichtigen Imagewerten anknüpfen (Anlage 1, hier nicht abgedruckt). Sie muss diese, so weit sie stark sind, pflegen und als wichtige Ressource der weiteren Entwicklung begreifen. (Mit Besorgnis war schon vor den Wahlen in Sachsen-Anhalt zu vermerken, dass die PDS zwischen 1998 und 2001 bei den Imagewerten „setzt sich für Ostdeutschland ein“ von 58 auf 45 Prozent gesunken war, beim „Eintreten für soziale Gerechtigkeit“ von 47 auf 35 Prozent, beim „Engagement für Benachteiligte“ von 47 auf 34 Prozent, beim „Engagement für Demokratie“ von 32 auf 27 Prozent. Bei der These „hat gute Politiker/innen“ sank die Zustimmung von 36 auf 22 Prozent und bei „vertritt meine Interessen“ von 25 auf 17 Prozent, was sogar unter dem Wahlergebnis von 2002 lag (Quelle: M. Chrappa).)

Die bekannte Schwäche bei der Frage „Steht für gute Wirtschaftspolitik“ und „Kann wirklich etwas verändern“ wird

kurzfristig nicht zu überwinden sein. Es ist aber zu prüfen, was es ausgehend von den entwickelten Vorstellungen heißen könnte, die PDS kann etwas verändern. Das Wirken während der Kriege gegen Jugoslawien und in Afghanistan sind Beispiel dafür. Wir brauchen aber vor allem auch mehr Beispiele im Alltag auf regionaler und kommunaler Ebene, die öffentlich zu vermitteln sind.

Die PDS ist im Osten Deutschlands weiterhin eine der drei großen Parteien und muss um diese Position mit aller Kraft kämpfen. Dabei steht die Frage, wie sie ihre Eigenständigkeit gegenüber der SPD deutlich herausarbeitet und ein eigenes Profil entwickelt. Die Diskussion muss im Rahmen der Entwicklung der Gesamtstrategie der PDS geführt werden. Es sollte dabei beachtet werden, dass die PDS im Osten die SPD aufgrund von deren starker bundespolitischer Verankerung nicht verdrängen kann, selbst in absehbarer Zeit nicht über ein Drittel der Stimmen erreichen kann und jetzt kämpft, nicht weiter unter 20 Prozent zu fallen. Für eine Regierungsbeteiligung ist die PDS daher immer auf die SPD angewiesen, nicht aber umgekehrt. Innerhalb eines von der SPD geführten Regierungsprojekts kann sie offensichtlich auch nicht mit der SPD um das Image der besseren Regierungspartei erfolgreich konkurrieren.

(3) Zu den nächsten Aufgaben

Unseres Erachtens sind vornehmlich drei Fragen zu lösen: (a) Verständigung über die wesentlichen inneren Ursachen der Wahlniederlage; (b) Schritte zur Erarbeitung einer Strategie der PDS für die nächsten Jahre; (c) personelle Fragen. Wenn die oben gemachten analytischen Einschätzungen grundsätzlich richtig sind, dann müssen vor allem folgende Aufgaben gelöst werden:

1. Einleitung einer öffentlichen und offenen Diskussion über das Profil der PDS auf dem Geraer Parteitag

Diese Diskussion muss auf dem Geraer Parteitag begonnen werden und sollte bis zum späten Frühjahr 2003 im wesentlichen abgeschlossen sein. Der neue Parteivorstand sollte dazu bis Ende Dezember ein Thesenpapier vorlegen und auf Parteikonferenzen zur Diskussion stellen. Im Zentrum sollte die Rolle der PDS als Teilnehmer und Katalysator einer zukunftsfähigen sozialen Alterna-

tive zum Neoliberalismus stehen (wirksame und attraktive Inhalte statt einer auf die SPD zentrierten Regierungsarithmetik). Im Jahre 2003 ist u. E. auch der überarbeitete Entwurf des Parteiprogramms zum Beschluss vorzulegen. Ausgehend von den brennendsten Fragen sozialer Bewegungen und der Forderungen der Bürgerinnen und Bürger sind Grundelemente eines gesellschaftlichen Reformprojekts zu skizzieren, die über die nächsten Jahre die Arbeit der PDS bestimmen sollten. Referate auf dem Parteitag sollten diesen Prozess einleiten. Im Parteivorstand ist eine eigenständige Gruppe Analyse und Strategie aufzubauen, die auf der Basis eines breiten Dialogsprozesses die Kernelemente erarbeitet und zusammenfasst sowie ein ständiges Monitoring sichert.

2. Konkrete Reformprojekte als Maßstab von PDS-Politik

Die PDS muss sich über eine lange Zeit hinweg einem Bündel konkreter Reformprojekte zuwenden, die Kernelemente einer linken Alternative zum Neoliberalismus in Deutschland markieren könnten und in der Bevölkerung auch mehrheitsfähig sind. Diese Reformprojekte müssen überzeugend sein im Sinne, dass sie gerecht, vernünftig und umsetzbar sind – wenn dafür der politische Wille vorhanden ist. Ohne konkret fassbare Ziele und die praktische Organisation von Veränderung in diese Richtung hat eine Organisation ihren gemeinsamen Willen verloren und strahlt Handlungsunfähigkeit und Resignation aus. Gerade auch die Fraktionen der Landtage müssen sich wieder ihrer Rolle als Teil einer gesellschaftlichen Kraft bewusst werden. Nicht die Bewertung von Regierungsvorlagen, sondern der Beitrag zur Lösung von realen Problemen sollte im Vordergrund stehen. Die Arbeitsweise der PDS muss den gesellschaftlichen Problemlagen und formulierten Projekten folgen und ihre eigenen Strukturen entsprechend umbauen. Ohne die Bündelung aller Kräfte um gemeinsame konkrete Projekte werden interne Machtkämpfe und taktische Spiele auch weiter den Vorrang haben. Grundelemente einer solchen Alternative könnten sein :

- a) Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch ein komplexes Maßnahmebündel
- b) Moderne soziale Bildungspolitik
- c) Konkretes, realistisches, auch problematisierendes Projekt zur Angleichung der Löhne, Renten und anderen Leistungen Ost-West
- d) Antikriegsprojekt oder besser Friedensprojekt
- e) Umverteilung von oben nach unten
- f) Globalisierung von unten – die PDS als Teil der internationalen Bewegung gegen Neoliberalismus

3. Parteireform

Über die schon an anderer Stelle ausgeführten Überlegungen hinaus sind fol-

gende Fragen konsequent einer Bearbeitung zuzuführen: (1) Erschließung neuen intellektuellen Potenzials und Öffnung der Partei dafür, Reaktivierung von in den letzten Jahren verlorenen ostdeutschen Potentialen, insbesondere aber auch konkrete, geradezu personelle Erschließung intellektueller und politischer Impulse aus Westdeutschland und aus den neuen internationalen sozialen Bewegungen sowie den Gewerkschaften; (2) Erneuerung der sozialen Verankerung der PDS: Mitgliederpartei; ehrliche Einbeziehung und Beteiligung der Mitgliedschaft in die Politik- und Strategieentwicklung; Entwicklung von Dienstleistungsangeboten für Jugendliche, soziale und kulturelle Initiativen etc. auf Bundes-, Landes-, Kreisebene; Transparenz; offener demokratischer Politikstil; Menschen erkennbar ernst nehmen statt Papierproduktion; Bescheidenheit und Aufmerksamkeit der PDS-Politiker; moralisch unanfechtbarer Umgang mit Finanzen, auch im Parteivorstand; (3) Kollektivität und kritische Streitkultur des Parteivorstandes; deutliche Erhöhung der Qualität in seiner Führungsfähigkeit, Ausstrahlung, seines intellektuellen Niveaus, Verjüngung nicht auf der Grundlage von Jugendkult, sondern auf der Grundlage eben von Qualität.

4. Erneuerung der Arbeit des Parteivorstandes

Der Bundesvorstand rückt durch den Verlust der Bundestagsfraktion in die wichtigste bundespolitische strategische Funktion. Dem ist Rechnung zu tragen. Das Potenzial der ehemaligen Bundestagsfraktion ist zu nutzen. Der Parteivorstand muss zum wichtigsten strategischen Gremium werden. In seiner inneren Organisation wie auch in der Organisation seines Apparates muss er allen Vorstandsmitgliedern die Möglichkeit geben, sich an Entscheidungsprozessen kompetent zu beteiligen und unterschiedliche Ansätze gegeneinander abzuwählen. Von besondere Bedeutung ist eine arbeitsteilige Kooperation entsprechend den wichtigsten strategischen Richtungen (sozialen Bezugsgruppen, Aufgaben usw.). Seine öffentliche Ausstrahlung, sein intellektuelles Niveau, die Westvertretung und Verjüngung sind zu sichern. Vor allem jedoch kommt es darauf an, dass sich der Vorstand und jedes einzelne Vorstandsmitglied als Koordinatoren von Aktivitäten aus Mitgliedschaft und Umfeld sowie als kritische Partner der parlamentarischen Arbeit auf Landes- und kommunaler Ebene verstehen. Das Wechselspiel von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit ist neu zu bestimmen.

Bezogen auf den Apparat des Parteivorstandes bedeutet dies: (1) intelligente Ergänzung, inhaltlicher Aufbau und z.T. Erneuerung der Mitarbeiterschaft im PV entsprechend den schwierigen Bedingungen ohne BT-Fraktion und für die Notwendigkeit einer starken und kom-

petenten Führung aus der Krise (mit kameralistischen Methoden gegenüber den Betroffenen); (2) effektive Vernetzung der Kapazitäten des Parteivorstandes mit jenen in LT-Fraktionen und im Europäischen Parlament. Nutzung der Möglichkeiten der politischen Bildung. Ziel muss sein, den PV inhaltlich zur Führung in dieser komplizierten Situation zu befähigen und auf die oben genannten Schwerpunkte zu orientieren; (3) entschiedene Professionalisierung der Führung und Organisation der Partei, der Öffentlichkeitsarbeit und der Wahlkämpfe; (4) grundlegende und wirkungsvolle Öffnung zur Parteimitgliedschaft, ehrliche, konsequente und effektive Einbeziehung der Mitglieder; (5) energische Stärkung der IGs und AGs unter Nutzung der Kapazitäten von Fraktionen sowie in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

5. Öffentlichkeitsarbeit

Mehr denn je befindet sich die PDS in der Situation, in die mediale Bedeutungslosigkeit zu verfallen. Die wichtigste bundespolitische Verankerung des Medienbezugs ist weggefallen. Politik, die durch sich selbst medial interessant wird und zur Kenntnis genommen werden muss, wird deshalb überlebenswichtig. Professionalität, Organisation, Bündelung bzw. Vernetzung der Finanzen, Aktionen, außerparlamentarischen Arbeit, Koordinierung Bund-Länder-Fraktionen sind dafür die Voraussetzungen. Öffentlichkeitsarbeit muss einen alternativen Politikstil vermitteln und ermöglichen. Projekte, Kampagnen, symbolische Inszenierungen, die professionell vorbereitet sind und breite soziale Unterstützung erfahren, gehören dazu. Ein entsprechendes Image der PDS als Partei, die soziale Nöte medial wirksam inszeniert und zum öffentlichen Thema macht, ist dringend aufzubauen.

6. Der Geraer Parteitag

Der Parteitag muss erstens eine klare Analyse der Ursachen der Wahlniederlage geben und sie vor allem intern ausmachen. Dabei ist der Widerspruch zwischen objektivem Potenzial der PDS und der vor allem durch Führungsschwäche verursachten völlig unzureichenden Ausschöpfung dieses Potenzials in den Vordergrund zu stellen. Es ist deutlich zu machen, dass bei Überwindung dieser Probleme die PDS weiterhin die Chance und die Pflicht hat, sich als demokratisch sozialistische Partei in Deutschland, als Stachel im Fleisch der herrschenden Klassen, zu etablieren. Sie kann dies, wenn sie sich als gestaltende Oppositionskraft entwickelt. Zweitens sind konkrete Festlegungen zu treffen, die dazu führen, bis zum späten Frühjahr nächsten Jahres wichtige Führungsschwächen zu überwinden und die Voraussetzungen zu schaffen, bei den Wahlen zu Landtagen und zum Europaparlament 2004 Ergebnisse deutlich über 20 Prozent

bzw. deutlich über 5 Prozent zu erzielen. Dies ist realistisch.

Drittens sind die personellen Voraussetzungen für eine solche Entwicklung der PDS zu schaffen. Wir werden nicht in der Lage sein, kurzfristig auch nur die größten Defizite zu beheben. So besteht die Doppelaufgabe, einerseits die konsequente Führung für die nächsten Jahre zu sichern und andererseits eine gezielte Personalentwicklung für Führungsaufgaben zu betreiben. Die Blockade in der Führung der PDS ist zu beseitigen, ein kooperativer strategischer Führungsstil zu ermöglichen, für die wichtigsten Arbeitsfelder sind Personen zu gewinnen, die auf ihnen über die nächsten Jahre arbeiten werden. Ohne eine enorme Erhöhung der intellektuellen Ausstrahlung der PDS, ohne die Vertretung der PDS in der Öffentlichkeit durch Personen, die überzeugende Identifikation ermöglichen, wird die Profilierung der PDS medial nicht erfolgen können. Angesichts der gegenwärtigen Schwäche der Führung erzeugt nicht zuletzt Angst die Tendenz zu Mittelmaß.

Neu erschienen

Daten und Fakten zu Kurden und Kurdistan

Sahin, Mehmet; Kaufeldt, Ralf: Daten und Fakten zu Kurden und Kurdistan. Eine Chronologie. 55 Seiten, ISBN: 3-933884-08-X, Preis: 17,00 EUR

Wie viele Kurden leben eigentlich in Kurdistan und wie hoch ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Länder? Wie viele Kurden gibt es in Deutschland und Europa? Wo leben sonst noch Kurden? Was? Sogar in Jordanien und in Israel? Wer waren die namhaften kurdischen Persönlichkeiten des 19. und des 20. Jahrhunderts? Was wurde den Kurden 1920 im Vertrag von Sèvres zugesagt? Was stand hingegen im Lausanner Vertrag von 1923? Wann existierte die Autonome Provinz „Rotes Kurdistan“? Wie verlief der erste Aufstand der Kurden gegen Ataturk? Warum scheiterte die Kurdische Republik Mahabad von 1946? Was sind die Ziele der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran? Was bedeutete das Dekret 93 von 1962 für die Kurden in Syrien? Was stand im Autonomieabkommen für Irakis-Kurdistan von 1970? Wie kam es zur Gründung der Patriotic Union Kurdistan? Wie entstand die kurdische Schutzzone in Südkurdistan 1991? Warum sitzen kurdische Abgeordnete seit 1994 im Gefängnis? Welche Ziele verfolgt der Nationalkongress Kurdistan? Warum erschütterte der Susurluk-Skandal von 1996 die Türkei? Wie kam es 2002 zur Transformation der PKK zum KADEK? Kurdisch = Türkisch = Bergtürkisch?

Oder haben auch die Kurden eine eigene Sprache? Kurdische Literatur und Zeitschriften? Gar eine kurdische Hymne? Was bedeutet das Newroz-Fest? Wie entstand es? Was steht im EU-Dokument zur Beitrittspartnerschaft und was im „Nationalen Programm“ der Türkei? Änderte sich durch die Verfassungsänderungen in der Türkei von Oktober 2001 etwas für die Situation der Kurden? Was bedeutet ein neuer Krieg der USA gegen Saddam für die Kurden?

Hunderte solcher Fragen könnte man auflisten. Antworten darauf gibt die Chronologie „Daten und Fakten zu Kurden und Kurdistan“. Dieses Buch soll die wichtigsten, bisher oft nur punktuell und unabhängig voneinander in vielen verschiedenen Publikationen thematisierten Fakten über das Volk der Kurden und ihr Land Kurdistan in einer Art Nachschlagewerk bündeln.

Ein sachlich-systematischer erster Teil, der die Geschichte der Kurden und ihre aktuelle Situation in den 4 Staaten, die Kurdistan unter sich aufgeteilt haben (also in der Türkei, im Iran, im Irak und in Syrien) sowie die weltweite Verbreitung der Kurden thematisiert, wird durch umfangreiche statistische Angaben ergänzt und beinhaltet zudem Informationen zur Geographie, Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsstruktur in Kurdistan sowie zur Sprache und Kulturgeschichte der Kurden.

Der zweite, länderübergreifende und rein chronologische Teil enthält neben zusätzlichen Informationen zu zahlreichen der im ersten Teil erwähnten Ereignissen Details über wichtige kurdische Aufstände sowie biographische Angaben zu vielen kurdischen Kulturschaffenden und Akteuren im kurdischen Widerstand. Außerdem werden hier ungezählte Fallbeispiele für Repressalien gegen Kurden und gegen Menschenrechtler, die sich für kurdische Interessen eingesetzt haben (Gerichtsurteile, Hintergründe von Attentaten auf Oppositionelle im In- und Ausland, militärische Aktionen der jeweiligen Armeen gegen kurdische Peshmerga- bzw. Guerillaverbände, Straffaktionen gegen die Zivilbevölkerung etc.) und Protestaktionen dagegen, Auszüge aus Stellungnahmen kurdischer Organisationen, Textteile aus Beschlüssen z.B. des Europäischen Parlaments oder des Deutschen Bundestags und internationalen Abkommen aufgeführt. Ferner werden hier wichtige Daten der innenpolitischen Entwicklung in der Türkei, in Iran, Irak und Syrien (z.B. Parlamentswahlen, Regierungswechsel, Reformprojekte) genannt und zu vielen Ereignissen die Reaktionen von Politikern und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen oder auch das Medienecho wiedergegeben.

Bestellungen bei: Pro Humanitate, Postfach 90 31 70, 51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 126 77. Preis: 17,00 EUR. Sonderrabatte für den Buchhandel und bei Bestellungen ab 10 Exemplaren.



Gorbatschow und Kohl im Kaukasus im Juli 1990

Buchbesprechung

Machtpoker oder US-amerikanische Dominanz

Franz—Karl Hitze

Zum zwölften Jahrestag der Einheit erschien das Buch von Alexander von Plato „Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel“. Bei den jahrelangen Recherchen konnte v. Plato bisher unveröffentlichte und weiterhin gesperrte Protokolle über internationale Verhandlungen Gorbatschows in den Jahren 1989 und 1990 mit dem amerikanischen Präsidenten und europäischen Regierungschefs und Außenministern einsehen (und auszugsweise Übersetzungen anfertigen). Daraus ergibt sich auch der zweite Teil des Titels nämlich, dass es sich um ein weltpolitisch bedeutsames Machtspiel gehandelt hat.

Dutzende Fragen wirft v. Plato auf. Sie werden schon in dem überdimensionalen Inhaltsverzeichnis des Buches sichtbar. Es umfasst neun Kapitel auf viereinhalf Druckseiten. Gleich im ersten Abschnitt steht die Frage „Der amerikanische Präsident als eigentlicher Strateg? Oder: Wer gab den Anstoß?“

Danach beschreibt v. Plato das Frühjahr 1989: „Die amerikanischen Interessen, die Nato und die deutsche Frage“: Gorbatschows Besuch in Bonn und Berlin, die Absetzung Honeckers, Mitterands Politik der europäischen Einigung im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems, das über die Ost-West-Grenzen hinweg entstehen sollte, jedoch von Moskau zu spät begriffen wurde.

Der Autor geht den Gründen für diese Strategieentwicklung besonders in Mos-

kau, Washington, Bonn, Berlin, Paris und London nach. Bush (senior) schien der europäische Einigungsprozess über die KSZE zu mühselig. Außerdem befürchtete die USA eigenen Einflussverlust. Gorbatschow hatte kein Konzept für die deutsche Einheit. Moskau war zu dieser Zeit bekanntlich mit Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner Sowjetrepubliken konfrontiert. Diese bewegten verständlicherweise das Politbüro der KPdSU wesentlich mehr als die DDR, die sich bereits auf dem Wege zur sogenannten Wiedervereinigung nach Artikel 23 der Grundgesetzes befand. Der Autor belegt mit Zitaten aus geheimen Verhandlungsprotokollen, dass Gorbatschow und seine Gruppe (Schewardnadse, Falin u.a.) schon Mitte 1989 allen öffentlichen Bekundungen zum Trotz die DDR aufgegeben hatten. Spätestens am 25. Januar 1990 hatte der damalige Kremlherrscher entschieden, die deutsche Einheit zuzulassen. Die Legende vom Entscheid beim Kaukasustreffen mit Kohl (Juli 1990) wird damit widerlegt. Nach v. Plato war die amerikanisch-deutsche Strategie außerordentlich erfolgreich. In einem Pressebeitrag schreibt er:

„Sie brachte nicht nur die deutsche Wiedervereinigung, sondern führte mit den osteuropäischen Unabhängigkeitsbestrebungen zur Auflösung des Warschauer Paktes und half den demokratischen Bewegungen in Osteuropa“, und „... führte zu einem mindestens vorläufigen Ausschluss Russlands und der GUS-Staaten aus einem neuen Europa und zu einer Verstärkung der amerikanischen Dominanz in diesem Kontinent.“ Georg W. Bush lässt grüßen.

Alexander von Plato: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Ch. Links Verlag Berlin, 2002, gebunden, 488 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 3-86153-269-7

12./13. Oktober 2002, Gera: PDS-Parteitag. Tagesordnung u.a.: Die PDS nach der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag. Wahl des Parteivorstandes der PDS, Wahlen der Bundeschiedskommission der PDS, der Bundesfinanzrevolutionskommission der PDS und der Statutenkommission.

16./17. Oktober, Brüssel: Sozialpolitik in Europa – Perspektiven für eine Europäische Gewerkschaftsbewegung. Europäisches Parlament, Rue Wiertz, Raum ASP (Altiero Spinelli Building) 1 G 3, B-1047 Brüssel. Internationale Veranstaltung des Forum Soziales Europa in Zusammenarbeit mit der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament mit GewerkschafterInnen aus Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien u.a. Anmeldung: Klaus Dräger, eMail: kdraeger@europarl.eu.int, fax: 0032-2-2841758 Klaus Dräger

18. Oktober, Niedersachsen: Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen

30./31. Oktober, Berlin: Globalisierung oder Gerechtigkeit? Berlin, Hotel Schweizer Hof. Jahrestagung der Otto Brenner Stiftung der IG Metall über die politischen Herausforderungen der Gegenwart, u.a. mit Susan George, Michael Blank, Noreena Hertz, Friedhelm Hengsbach, Barbara Schulte, Klaus Zwickel, Barbara Stolterfoht, Marin Kannegger, Ulrike Holler, Kari Tapiola, Volker Obenauer, Dirk Mahler, Erich Klemm, Ursula Weidenfeld, Ursula Engelen-Kefer, Gregor Gysi, Karl Kardinal Lehmann, Edzard Reuter, Thomas Leif, Klaus Lang. Das detaillierte Programm und online-Anmeldung über: www.otto-brenner-stiftung.de. eMail: obs@igmetall.de www.otto-brenner-stiftung.de

7.-10. November, Florenz: Nein zu Sozialabbau, Rassismus und Krieg. Für ein Europa des Friedens, der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und der Völkerverständigung. Eine andere Welt ist möglich. Ein anderes Europa auch! Eine neue Bewegung beunruhigt Regierende und Finanzmanager in Europa. Es ist die Protestbewegung gegen den Abbau sozialer, demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, gegen Krieg und Rassismus. Im März demonstrierten Hunderttausende in Barcelona „Gegen das Europa des Kapitals und des Krieges“. Im selben Monat demonstrierten Millionen Menschen in Rom gegen Berlusconi und für Gewerkschaftsrechte. In Frankreich gingen nach dem Wahlerfolg von Le Pens faschistischer Front National Millionen auf die Straße. Im Juni setzten sich die spanischen Gewerkschaften mit einem Generalstreik gegen den Abbau von sozialen Rechten zur Wehr. Mit der Demonstration in Berlin gegen die Kriegspolitik des US-Präsidenten im Mai und der Streikwelle im Sommer diesen Jahres nehmen die Proteste auch in Deutschland Form an.

Diese europäische Protestbewegung ist Teil der weltweiten Bewegung gegen die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung und gegen die Unterwerfung der Welt unter die Profitlogik der Konzerne.

Nach dem Weltsozialforum in Porto Alegre/Brasilien Anfang dieses Jahres schafft nun das Europäische Sozialforum der europaweiten Bewegung eine Plattform zur Diskussion und Artikulierung ihrer Forderungen. Nationale und kulturelle Vielfalt einerseits und ein gemeinsames politisches Ziel andererseits – nämlich ein Europa des Friedens, der Ökologie und der sozialen Gerechtigkeit – bestimmen den Charakter des Europäischen Sozialforums. Hieraus entsteht eine neue Dynamik der europaweiten Protestbewegung. – Dieser Aufruf wird von einer Reihe Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen unterstützt, darunter der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Link zum Deutschen Sozial Forum (dsf): www.dsfs.org

„Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ der EU – die friedenspolitische Dimension

3. Europa-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 17. und 18. Oktober 2002

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gehören die Bedrohungssperzeptionen des Kalten Krieges der Vergangenheit an. Neue Sicherheitsrisiken sind in der internationalen Arena in den Vordergrund getreten. Der 11. September 2001 wird vielfach als ein Merkzeichen in dieser neuen Konstellation angesehen. Gehen die neuen Gefahren nur von einem hinterhältigen und grausamen Terrorismus aus? Welche Gefahren birgt der von den USA proklamierte Krieg gegen den Terrorismus? Welche Bedrohungen bringt eine Globalisierung hervor, die die bisherigen Existenzgrundlagen von Millionen Menschen in verschiedenen Weltteilen untergräbt, ohne ihnen neue bieten zu können?

Die Europäische Union ist Teil des internationalen Gefüges, zunehmend ein eigenständiger Akteur der internationalen Politik. Hat sie eigene Interessen, die eine friedenspolitische Alternative zur Politik der USA bieten und die sie auch gegenüber den USA wahrnehmen könnte? Oder ist sie neben den USA die zweite Säule jener anvisierten „Neuen Weltordnung“?

Im Mittelpunkt der 3. Europa-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 17. und 18. Oktober 2002 in Berlin steht die friedenspolitische Dimension. Ist die Europäische Union ein friedenschaffender Akteur in der Welt von heute? Oder sind die Weichen in der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) bereits darauf gestellt, weltweit mit eigenen Interventionskräften in Konkurrenz zu den USA zu agieren? Welche Rolle spielt die EU in der gegenwärtigen Sicherheitslandschaft, weltweit und in Europa?

Im ersten Teil der Konferenz wird die „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ der EU im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung der Union erörtert. ... Im zweiten Teil wird in drei parallelen Arbeitsgruppen diskutiert. Anliegen der Konferenz ist es, Alternativen zu umreißen und zu diskutieren. Ist eine „andere Welt“ auch in Bezug auf und durch außenpolitisches Wirken möglich? Was kann im EU-Europa und in Deutschland dafür getan werden?

**17. und 18. Oktober, Beginn 11.00 am 17., Ende 17.00 am 18.10.
Berlin**

Anzeigen



Dossier
Nr. 1 Oktober 2002

Tschechen und Deutsche gemeinsam gegen den Faschismus 1933 bis 1938

Materialien vom Seminar der VVN-BdA, Landesverband Bayern, am 24./25. März 2001 in Pec, Westböhmien

Herausgegeben von der Redaktion der Deutsch-Tschechischen Nachrichten

DTN-Dossier Nr. 1
Tschechen und
Deutsche gemeinsam
gegen den Faschismus
1933 bis 1938

Herausgegeben
von der Redaktion der
Deutsch-Tschechischen
Nachrichten, Schwan-
thaleralerstr. 139 Rgb.,
80339 München

Bestelladresse:
GNN-Verlag HH/SH
Neuer Kamp 25
20359 Hamburg
Tel. (0 40) 43 18 88 20
Fax (0 40) 43 18 88 21
eMail:
gnn-hhsh@hansenet.de
Preis: 3 + Versand

**TOPTHEMA
IM NEUEN
HEFT**

GENTECHNIK

Patentierte Profite.

STICHWORT

BAYER

Widerstand gegen Konzernmacht.

Konkret, spannend, international.

Fon 02 11 - 33 39 11 Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com www.CBGnetwork.org

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...